

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020

Inlandsnachfrage stützt heimische Konjunktur

Sperrfrist: Freitag, 29. März 2019, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020

Inlandsnachfrage stützt heimische Konjunktur

Benjamin Bittschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



AutorInnen

Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

Titel

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020
Inlandsnachfrage stützt heimische Konjunktur
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 106

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	16
2.1	Überblick.....	16
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	31
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	32
5	Monetäre Prognose	43

Inlandsnachfrage stützt heimische Konjunktur

In der zweiten Jahreshälfte 2018 hat sich die Konjunktur im Euroraum weiter eingetrübt und ist wohl schwach ins neue Jahr gestartet. Nach einem kräftigen Wachstum zu Jahresbeginn 2018 hat auch der Aufschwung der heimischen Wirtschaft im Jahresverlauf an Kraft verloren. Gestützt von der robusten Binnennachfrage dürfte die österreichische Wirtschaft im heurigen Jahr um 1,5 % zulegen, nach 2,7 % im Vorjahr. Für nächstes Jahr wird ein Wachstum von 1,6 % erwartet. Mit knapp 2 % dürfte die Inflation moderat ausfallen, während die Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 7 ½ % relativ hoch bleibt und nicht mehr weiter sinkt. Die beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten (ungeregelter Brexit, Eskalation des Handelsstreits, Entwicklung der Weltkonjunktur) stellen ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft dar. Tiefgehende Strukturreformen, wie das Institut sie seit Jahren fordert, könnten das Wachstumspotenzial der Wirtschaft kräftigen und die Widerstandskraft gegenüber internationalen Konjunkturreinbrüchen erhöhen.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft hat in der zweiten Jahreshälfte 2018 merklich an Schwung verloren und expandierte wohl auch zu Beginn des heurigen Jahres nur verhalten. In den Industrieländern hat sich die Konjunktur auseinander entwickelt. Während das Wachstumstempo in den USA, angetrieben durch kräftige Fiskalimpulse, hoch blieb, verlangsamte sich die Konjunktur im Euroraum und in Japan. Auch in den Schwellenländern ging das Expansionstempo zurück. Im Jahresverlauf verlor der Welthandel an Schwung und stagnierte zu Jahresende. Die hohe Unsicherheit, etwa über die Ausgestaltung des Brexit und die weitere Entwicklung der handelspolitischen Konflikte, spiegelte sich in einer Verschlechterung der konjunkturrelevanten Stimmungsindikatoren wider. Dies betrifft insbesondere die Industrie, weniger die Dienstleistungen. Während die deutsche Wirtschaftsleistung in der zweiten Jahreshälfte 2018 stagnierte, expandierte die heimische Volkswirtschaft im dritten und vierten Quartal noch mit jeweils 0,4 % gegenüber dem Vorquartal laut Trend-Konjunktur-Komponente. Die Verschlechterung der Konjunkturaussichten im Euroraum trifft die exportorientierte heimische Industrie, sodass das Institut seine Wachstumsprognose im Vergleich zur Dezember-Prognose leicht zurücknimmt. Laut aktueller Prognose sollte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2019 und 2020 um 1,5 % bzw. 1,6 % zulegen. Damit sollte die heimische Wirtschaft, nach einem deutlichen Wachstumsvorsprung im Vorjahr, heuer nur noch geringfügig rascher als die des Euroraums (1,3 %) wachsen, nächstes Jahr dürfte sich das Wachstumstempo angleichen.

Die weltwirtschaftliche Dynamik hat in der zweiten Jahreshälfte 2018 merklich an Schwung verloren, allerdings mit beträchtlichen regionalen Unterschieden. Die kräftigen finanzpolitischen Impulse trieben die US-Wirtschaft. Diese legte im dritten und vierten Quartal um 0,8 % bzw. 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zu. Hingegen expandierte die Wirtschaft im Euroraum nur noch um 0,1 % bzw. 0,2 %. Insbesondere in Deutschland und Italien war die Wirtschaftsdynamik im zweiten Halbjahr äußerst schwach. Sonderfaktoren dürften aber wesentlich zu der schwachen Entwicklung im Euroraum beigetragen haben. So sollte der Rückgang in der Automobilproduktion, verursacht durch Probleme bei der Umsetzung neuer Standards für die Abgasmessung, nur temporärer Natur sein. Die hohen geopolitischen Unsicherheiten (Ausgestaltung des Brexit, potenzieller Handelskonflikt mit den USA) haben die Konjunkturentwicklung merklich belastet. Geht man davon aus, dass die Unsicherheiten im Prognosezeitraum geringer werden, dürfte die Konjunktur im Euroraum doch aufwärts gerichtet sein; unterstützend wirken dabei die aufgrund der geldpolitischen Ausrichtung anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und die eher expansive Fiskalpolitik. Die Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern verlief im Großen und Ganzen robust, aber wenig dynamisch. Es gibt Anzeichen einer Verlangsamung des Expansionstempos in China. In den USA werden die expansiven Effekte der Steuerreform langsam auslaufen. Die stabile Entwicklung der Energiepreise sollte hingegen die Kaufkraft stärken.

Das Institut erwartet somit folgendes internationales Konjunkturbild. Nach einem Wachstum von 2,9 % im Vorjahr dürfte die US-Wirtschaft in den Jahren 2019 und 2020 um 2,4 % bzw. 1,8 % zulegen. Im Vergleich zur Dezember-Prognose musste die Einschätzung der Wachstumsaussichten für das Jahr 2019 im Euroraum deutlich zurückgenommen werden. Ausgehend von 1,8 % im Vorjahr werden nunmehr Zuwachsraten von 1,3 % bzw. 1,6 % erwartet. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo verhalten bleiben. So wird sich das Wirtschaftswachstum in China voraussichtlich von 6,6 % auf 6,2 % bzw. 6,0 % verlangsamen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3,2 % bzw. 3,3 % expandieren, nach 3,6 % im vergangenen Jahr.

Im Vorjahr hat der private Konsum in Österreich um 1,6 % zugelegt. Die gute Arbeitsmarktlage, die kräftigen Lohnerhöhungen und der Familienbonus implizieren weiterhin deutlich steigende Realeinkommen trotz der schwächeren Konjunktur. Das Konsumentenvertrauen hat zwar etwas nachgelassen, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Somit wird für das heurige Jahr ein Konsumwachstum von 1,6 % erwartet. Der private Konsum bleibt eine wesentliche Konjunkturstütze. Im Jahr 2020 sollte dieses Aggregat um 1,4 % zulegen. Die Konsumprognose impliziert eine unveränderte Sparquote von 7 ¼ % im Prognosezeitraum.

Seit dem Jahr 2016 verzeichnet die österreichische Wirtschaft eine äußerst belebte Investitionskonjunktur. So sind die Bruttoanlageinvestitionen im Vorjahr um 3,3 % gewachsen. Mit der Eintrübung der internationalen Konjunkturlage wird sich wohl auch die Realkapitalbildung verlangsamen, worauf auch die nachlassenden Stimmungsindikatoren hindeuten. Allerdings sollten die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungskonditionen die Investitionsneigung stützen. Das Institut erwartet daher eine Abschwächung des Investitionswachstums auf 1,9 % bzw. 1,6 %. Dabei dürften die Ausrüstungsinvestitionen stärker auf die internationale Konjunkturschwäche reagieren als die Bauinvestitionen. Nach 3,7 % im Vorjahr wird sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wohl auf 1,8 % bzw. 1,5 % verlangsamen. Für die Bauinvestitionen werden Zuwachsraten von 2,0 % bzw. 1,8 % erwartet.

Im Verlauf des Vorjahres hat der Welthandel merklich an Schwung verloren und gegen Jahresende bestenfalls stagniert. Im Prognosezeitraum dürfte der Welthandel mit Raten von 2,5 % bzw. 3,0 % nur verhalten expandieren. Die Eintrübung der weltweiten Investitionskonjunktur und protektionistische Maßnahmen belasten den internationalen Handel. Das Institut geht weiterhin davon aus, dass es zu keiner Eskalation der Handelskonflikte kommt. Im Einklang mit der schwächeren Weltkonjunktur werden auch die österreichischen Exportmärkte nur wenig zulegen. Folglich sollte sich das Wachstum der heimischen Warenexporte auf 2,5 % bzw. 3,5 % abschwächen, nach 5,1 % im Vorjahr. Für die Gesamtexporte laut VGR werden Wachstumsraten von 2,4 % bzw. 3,2 % erwartet, nach 4,4 % im Vorjahr. Mit Zuwächsen von 2,4 % bzw. 3,0 % dürfte die Importnachfrage im selben Tempo zulegen. Während im Vorjahr noch ein kräftiger Wachstumsbeitrag von der Außenwirtschaft ausgegangen ist, wirkt diese im Prognosezeitraum neutral auf das Wachstum.

Die Inflation ist in den letzten Monaten gefallen, insbesondere aufgrund der rückläufigen Ölpreise. Nach 2,0 % im Jahresdurchschnitt 2018 belief sich der Preisanstieg in den ersten beiden Monaten dieses Jahres auf 1,8 % bzw. 1,5 %. Während von den Energiepreisen keine starken Impulse auf die Preisentwicklung ausgehen dürften, könnten steigende Lohnstückkosten die Preise etwas antreiben. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Inflationsrate 1,8 % betragen. Für das kommende Jahr wird eine Rate von 1,9 % erwartet. Die Prognose beruht auf der Annahme, dass von den internationalen Rohstoffmärkten keine stark preistreibenden Impulse ausgehen.

Im Zuge der Hochkonjunktur hat sich die Arbeitsmarktlage deutlich verbessert. Die Beschäftigung wurde stark ausgeweitet und die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition ist auf 7,7 % zurückgegangen. Im Prognosezeitraum sollte die Beschäftigung weiter expandieren, allerdings mit verlangsamtem Tempo. Im laufenden Jahr ist mit einer Ausweitung der Beschäftigung um 1,3 % zu rechnen, was bei weiterhin steigendem Arbeitskräfteangebot einen geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote

auf 7,5 % impliziert. Nächstes Jahr könnte die Zahl der Arbeitsplätze um 0,9 % zulegen und die Arbeitslosenquote damit unverändert bleiben. Vor dem Hintergrund des historisch hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit wären zusätzliche Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik angeraten, die auf eine Reduktion des Mis-Matches zwischen den von den Arbeitslosen angebotenen und den von den Unternehmen nachgefragten Qualifikationen abzielen. Anstrengungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit sind zu begrüßen.

Gegenwärtig profitieren die öffentlichen Haushalte noch von der guten Konjunktur und den niedrigen Zinsen. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 und 2020 jeweils einen Budgetüberschuss von 0,2 % des BIP. Aus Sicht des Instituts wären weitere Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik notwendig. Damit könnten finanzielle Spielräume für die Steuerreform, die auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt, geschaffen werden. Die Reform würde auch Möglichkeiten für eine Optimierung der Steuerstruktur bieten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunktursituation ist es sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Zusätzliche Ausgaben bzw. eine nicht finanzierte Steuerreform wären aus Sicht des Instituts nicht adäquat. Jedenfalls würden tiefgehende Strukturreformen, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus, dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der heimischen Wirtschaft zu stärken. Mittelfristig müssen Potenziale zur Finanzierung der Kosten der Alterung (u.a. Gesundheit und Pflege) und zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für zukunftsorientierte, produktivitätserhöhende Bereiche wie Bildung, Digitalisierung und Forschung generiert werden.

Die Unsicherheiten sind hoch und belasten die Weltwirtschaft. Zwar deutet gegenwärtig einiges auf eine Entspannung bei den Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China hin, Strafzölle auf europäische Autos und Kfz-Zulieferteile würden die europäische Konjunktur aber merklich dämpfen. Die Konjunktur in den USA und in China hat sich etwas abgekühlt. Eine stärker als erwartete Verlangsamung in den beiden Volkswirtschaften würde die Weltkonjunktur deutlich beeinträchtigen. Auch aufgrund der angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist ein Konjunktur-einbruch in den USA bzw. in China gegenwärtig allerdings wenig wahrscheinlich. Weiters geht das Institut davon aus, dass die konjunkturelle Schwäche im Euroraum nur temporär ist. Zusätzliche negative Entwicklungen könnten allerdings die noch robuste Binnennachfrage schwächen und zu einer längerdauernden Stagnationsphase führen. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin das größte Konjunkturrisiko für Europa. Es ist zu beachten, dass die Möglichkeiten der Europäischen Zentralbank, einem Konjunkturabschwung entgegenzusteuern, derzeit begrenzt sind. Neben den internationalen bestehen auch

heimische Konjunkturrisiken. Eine stärkere Abschwächung der Investitionstätigkeit aufgrund der ungünstigen Wirtschaftsaussichten sowie eine Verschlechterung des Konsumklimas würden die Binnennachfrage schwächen und damit das Wachstum reduzieren. Zwar dominieren gegenwärtig die Abwärtsrisiken, verbessert sich jedoch die Stimmung der privaten Haushalte und Unternehmen im Euroraum, könnte sich die Konjunktur in Österreich auch besser entwickeln als hier unterstellt. Eine durch Reformen auf der Ausgabenseite gegenfinanzierte Absenkung der Abgabenbelastung in Österreich würde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft stärken.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	2,7	1,5	1,6
Privater Konsum, real	1,6	1,6	1,4
Bruttoinvestitionen, real	3,0	1,8	1,9
Bruttoanlageninvestitionen, real	3,3	1,9	1,6
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,7	1,8	1,5
Bauinvestitionen, real	2,8	2,0	1,8
Inlandsnachfrage, real	1,9	1,4	1,4
Exporte i. w. S., real	4,4	2,4	3,2
Waren, real (laut VGR)	5,1	2,5	3,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2,9	1,3	1,0
Importe i. w. S., real	2,8	2,4	3,0
Waren, real (laut VGR)	2,7	2,4	3,1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	5,1	1,0	1,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	1,3	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7,7	7,5	7,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	4,9	4,8	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,2	2,6	2,3
Preisindex des BIP	1,6	2,0	1,9
Verbraucherpreisindex	2,0	1,8	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	−0,1	0,2	0,2
3-Monats-Euribor*	−0,3	−0,3	−0,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen*	0,7	0,6	0,9

*absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real

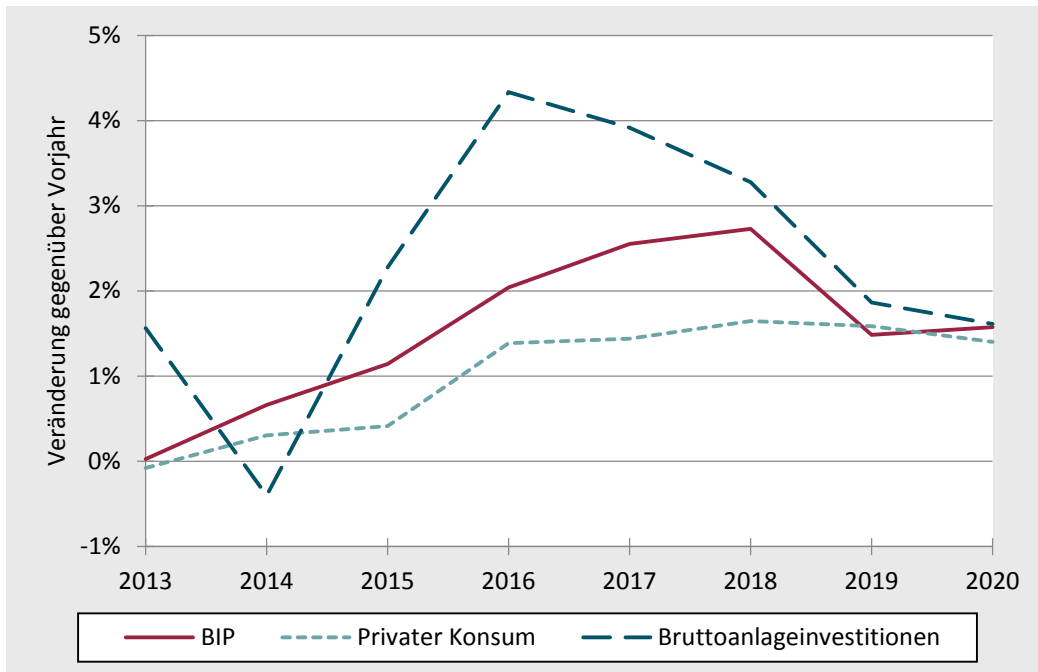


Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung

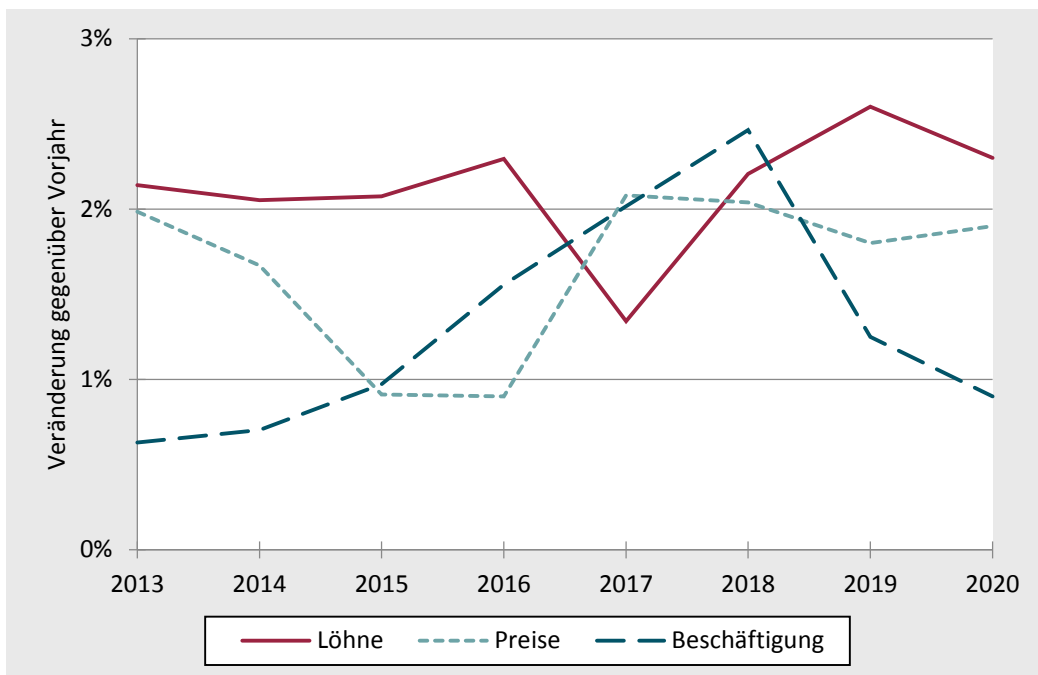


Abbildung 3: Arbeitslosenquote

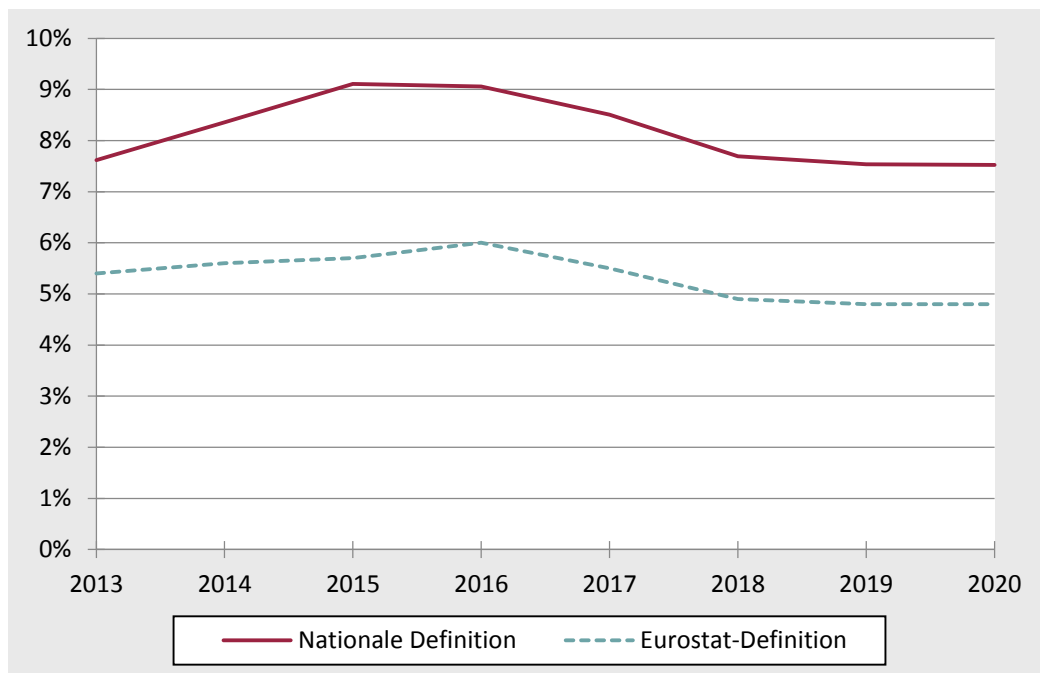


Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)

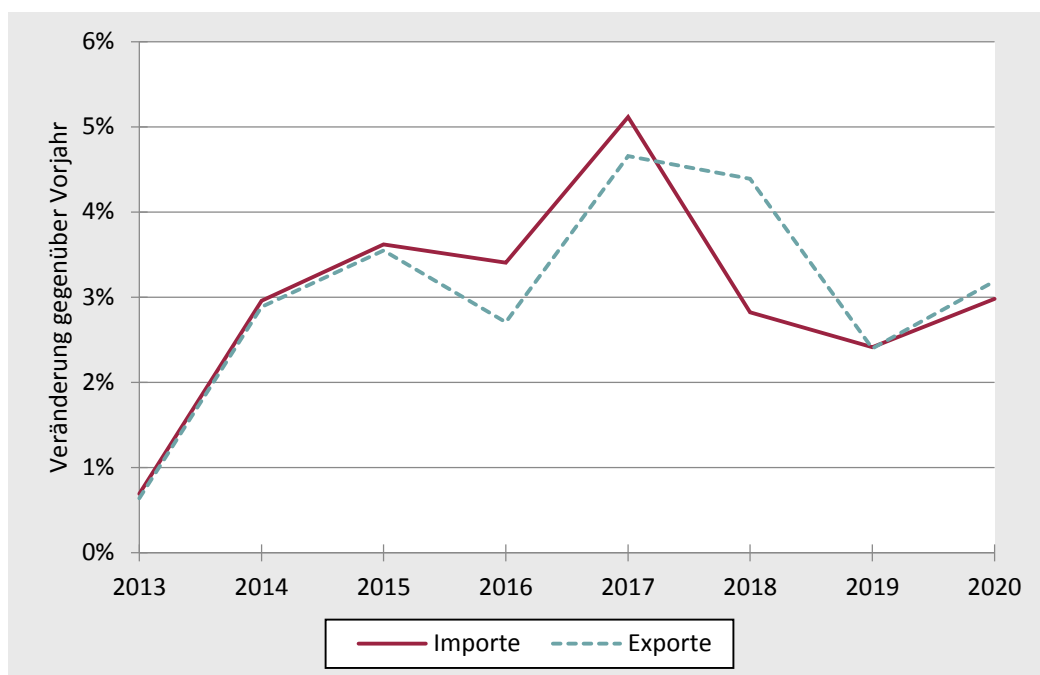
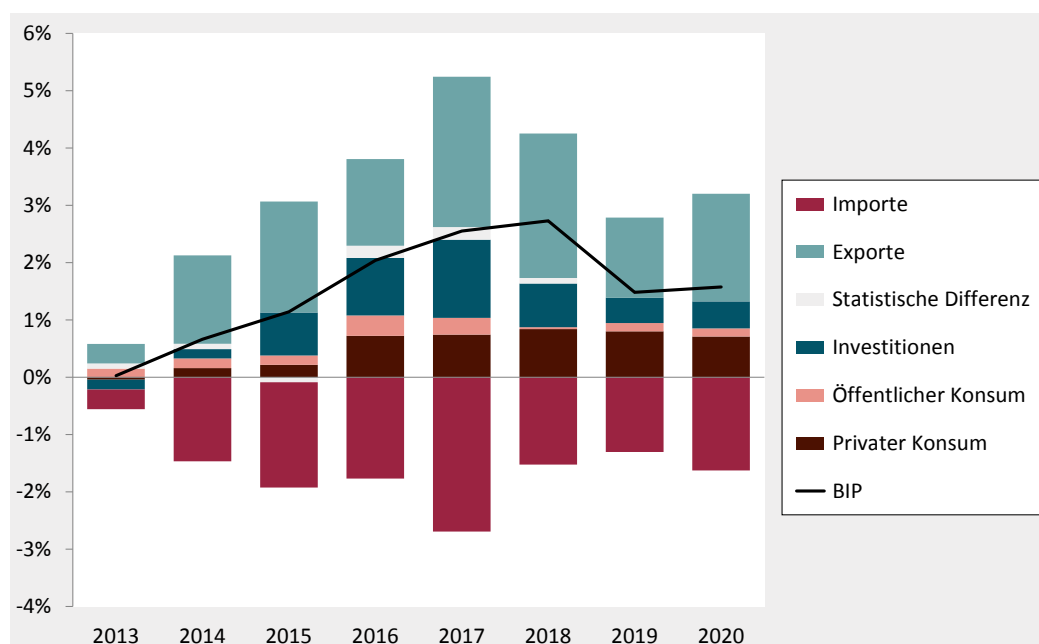


Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** hat sich im zweiten Halbjahr 2018 deutlich abgekühlt. Nach dem weitgehend synchronisierten globalen Aufschwung im Jahr 2017 entwickelten sich die Wachstumsraten, vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, im Verlauf des letzten Jahres auseinander. Das Wachstum der weltweiten Produktion verlor im vergangenen Jahr auf hohem Niveau zunehmend an Kraft. Das Welthandelswachstum kühlte sich beginnend mit dem zweiten Quartal 2018 ab und brach den vorläufigen Zahlen zufolge im letzten Quartal deutlich ein. Allerdings expandierten die Dienstleistungen global weiterhin, weshalb kein weltweiter Konjunkturéinbruch erwartet wird. Die internationalen Konjunktur- und Stimmungsindikatoren deuten auf eine fortbestehende Abkühlung für das erste Quartal des laufenden Jahres hin. Die politischen Unsicherheiten in den USA bezüglich der Handelskonflikte mit China und der Europäischen Union, die Unklarheiten über die genauen Modalitäten des Brexit, sowie die generelle Konjunkturabschwächung Chinas belasten den konjunkturellen Ausblick. Unterstützend für die weltwirtschaftliche Entwicklung wirken nach wie vor die vorteilhaften ökonomischen Fundamentaldaten der fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie die hohe Kapazitätsauslastung, die guten Arbeitsmarktkonditionen, das anziehende Lohnwachstum, niedrige Rohstoffpreise, günstige Finanzierungsbedingungen sowie die kürzlich in Kraft getretenen Handelsabkommen zwischen EU und Japan und das *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP) zwischen Japan, Kanada, Australien, Mexiko und sieben anderen Ländern.

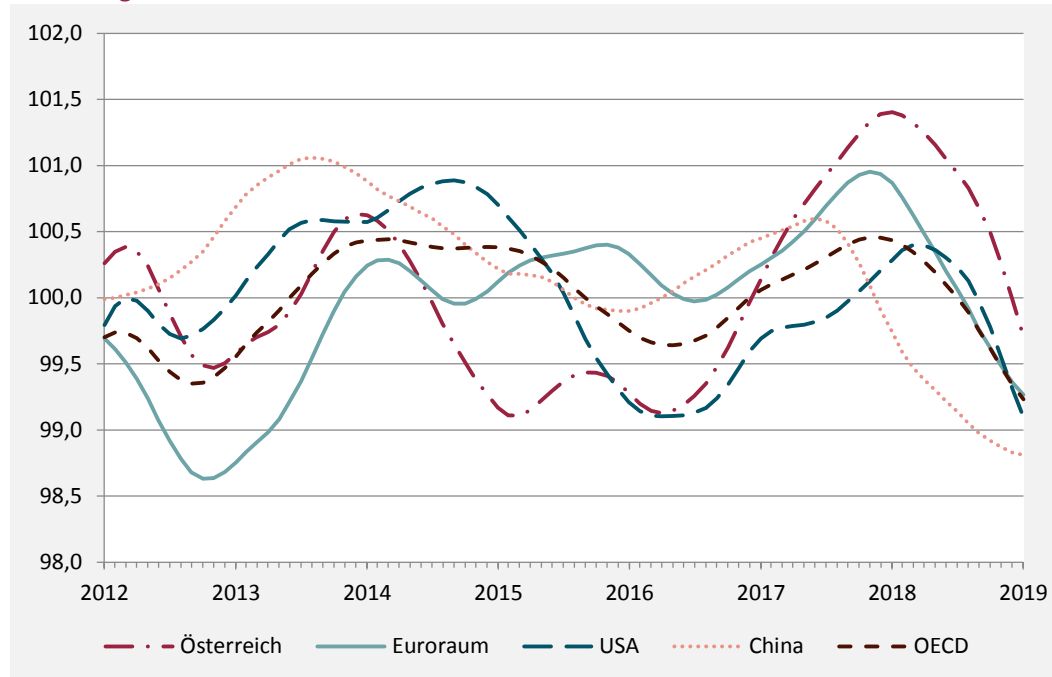
Für das laufende Jahr zeichnet sich ein differenziertes regionales Wachstumsprofil ab. Die Konjunktur wird sich in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländern weiter abschwächen. Das Wachstum im Euroraum dürfte sich, getrieben durch die schwachen Entwicklungen in Deutschland und Italien, merkbar verringern. Japan wird im laufenden Jahr ein ähnlich niedriges Wachstum wie im Jahr zuvor verzeichnen. Die USA werden weiterhin ein starkes Wachstum verzeichnen, jedoch etwas schwächer als im vergangenen Jahr. Die Abkühlung in China setzt sich weiterhin fort. Schwellenländer wie Argentinien und Türkei, die im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres aufgrund der Normalisierung der Geldpolitik der USA in eine Rezession fielen, wiesen aufgrund des Ausbleibens weiterer erwarteter Zinserhöhungen Ende des vergangenen und Anfang des laufenden Jahres wieder Kapitalrückflüsse auf. Diese Entwicklung verbessert vor allem die Wachstumsaussichten dieser Länder für 2020.

Die Weltwirtschaft expandierte im Jahr 2018 mit 3,6 % weiterhin kräftig. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einer Abkühlung auf 3,2 % und für 2020 mit einer leichten Erholung auf 3,3 %. Für die Länder der OECD werden Wachstumsraten von 1,9 % für 2019 und 1,8 % für 2020 prognostiziert. Dies entspricht einer Abkühlung von etwa einem halben Prozentpunkt verglichen mit den Wachstumsraten der Jahre 2017 und 2018 von 2,5 % beziehungsweise 2,4 %. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU-27 (exklusive dem Vereinigten Königreich) ist im Jahr 2018 um 2,0 % gewachsen. Für 2019 und 2020 werden Wachstumsraten von 1,5 % bzw. 1,7 % erwartet. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel prognostiziert für die Ostasiatischen Schwellenländer ein Wachstum von 4,7 % in 2019 und 4,6 % in 2020, nach 5,1 % in 2018. Hingegen dürfte sich das Wachstum in Lateinamerika von zuletzt schwachen 0,6 % im vergangenen Jahr auf 1,1 % in 2019 und 2,2 % in 2020 beschleunigen.

Das Wachstum der weltweiten Industrieproduktion verringerte sich von 3,4 % in 2017 auf 3,1 % in 2018. Besonders das Wachstum der fortgeschrittenen Volkswirtschaften im letzten Quartal 2018 bezogen auf das Vorjahresquartal entwickelte sich mit 1,1 % schwach. Jedoch expandierten die Dienstleistungen laut dem globalen *Markit Purchasing Managers Index* weiterhin kräftig. Deswegen dürfte sich der Welthandel mit Gütern deutlich schwächer als das globale Bruttoinlandsprodukt entwickeln. Im vierten Quartal 2018 schrumpfte der Welthandel laut Schätzung von CPB um 0,9 % im Vergleich zum dritten Quartal. Für das Gesamtjahr 2018 dürfte das Wachstum bei 3,3 % gelegen haben. Im laufenden Jahr wird aufgrund der Unsicherheiten im Handelsstreit der USA mit China und der EU sowie einem voraussichtlichen geringerem Überhang von einem Wachstum des weltweiten Güterhandels von 2,5 % ausgegangen. Für 2020 wird eine Erholung auf 3,0 % erwartet.

Die Rohölpreise der Sorte Brent fielen von ihrem Höchststand im Oktober des vergangenen Jahres von 81 US-Dollar auf 58 US-Dollar im Dezember 2018. Seitdem fand eine Erholung auf zuletzt 67 US-Dollar statt. Dieser Aufwärtstrend ist zum Teil auf die Verringerung der Förderungen der OPEC zurückzuführen. Weitere Kürzungen und die Unsicherheiten über die genauen Auswirkungen der Sanktionen gegen den Iran könnten für das laufende Jahr einen zusätzlichen angebotsseitigen Aufwärtsdruck ausüben. Andererseits schwächt die abflauende Weltkonjunktur die globale Nachfrage, was preisdämpfend wirken dürfte. Für die Jahre 2019 und 2020 geht das Institut von einem Ölpreis von 65 US-Dollar aus.

Der US-Dollar hat beginnend mit April des vergangenen Jahres gegenüber dem Euro beständig aufgewertet und der Wechselkurs stand zuletzt bei 1,13 USD/EUR, verglichen mit 1,18 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2018. Für den Prognosezeitraum geht das Institut von einem USD/EUR-Wechselkurs von 1,14 aus.

Abbildung 6: OECD-Frühindikator

Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Weiterhin bestehen große wirtschaftspolitische Unsicherheiten, welche den weltwirtschaftlichen Ausblick belasten. So könnten eine weitere Anhebung der Zollsätze der USA auf chinesische Produkte und die Einhebung von US-Zöllen auf europäische Autos und Kfz-Zulieferteile den Welthandel und vor allem die konjunkturelle Entwicklung in Europa beeinträchtigen. Die kürzlich in Kraft getretenen regionalen Handelsabkommen zwischen der EU und Japan sowie das *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP), welches zwischen Kanada, Australien, Japan, Mexiko und sieben weiteren Ländern abgeschlossen wurde, dürften sich mittelfristig jedoch unterstützend auf die weitere Entwicklung des Welthandels auswirken. Die weiterhin bestehende Unklarheit über die genauen Austrittsmodalitäten des Vereinigten Königreichs stellt noch immer ein wesentliches Konjunkturrisiko für Europa dar.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2018	2019	2020
BIP-Wachstum	1,8	1,3	1,6
Arbeitslosenquote	8,2	7,8	7,7
Inflation HVPI	1,7	1,5	1,7

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Im **Euroraum** hat sich das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr auf 1,8 % abgeschwächt. Nach dem schwachen dritten Quartal mit einem Wachstum von 0,1 % gegenüber dem Vorquartal, welches durch die Produktionseinschränkungen in der Automobilindustrie im Zusammenhang mit Problemen bei der Umsetzung neuer Standards der Abgasmessung gekennzeichnet war, entwickelte sich die Wirtschaft im Euroraum auch im vierten Quartal (0,2 %) verhalten. Aufgrund der geografischen Spezialisierung im Außenhandel war der Euroraum besonders stark von der globalen konjunkturellen Abschwächung im letzten Halbjahr betroffen. Italien befand sich im vergangenen Jahr mit einem Rückgang gegenüber dem Vorquartal von jeweils 0,1 % im dritten und vierten Quartal in einer technischen Rezession, während Deutschland mit einem Rückgang von 0,2 % im dritten und einer Stagnation im vierten Quartal dieser nur knapp entging. Die schwächere Entwicklung der Exporte im zweiten Halbjahr 2018 schlug sich in sinkender Industrieproduktion und fallender Kapazitätsauslastung, die aber auf hohem Niveau blieb, nieder. Weiterhin stark entwickelte sich im vierten Quartal Spanien mit einem Wachstum gegenüber dem Vorquartal von 0,7 %, nach 0,6 % im dritten Quartal. Fortwährend verhalten wuchs Frankreich mit jeweils 0,3 % in den letzten beiden Quartalen.

Der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission, der *Composite Leading Indicator* der OECD sowie der *WES Klimaindex* des ifo deuten für den Euroraum auf eine verhaltene Entwicklung im ersten Quartal 2019 hin. Wegen des geringen Wachstumsüberhangs und des schwächeren Momentums wird das Wirtschaftswachstum 2019 voraussichtlich bei 1,3 % liegen. Die expansive Geldpolitik, konsumstärkende Lohnzuwächse und eine expansivere Fiskalpolitik wirken jedoch weiterhin unterstützend. Für das Jahr 2020 geht das Institut von einem Wachstum von 1,6 % aus. Die Arbeitslosenquote wird von 8,2 % im vergangenen Jahr auf 7,8 % in 2019 und 7,7 % in 2020 fallen. Nach einer Inflationsrate im Euroraum von 1,7 % im Vorjahr wird mit 1,5 % im laufenden und 1,7 % im kommenden Jahr gerechnet.

2.2 Länderprognosen

Im vergangenen Jahr verzeichnete die Wirtschaft der **USA** ein kräftiges Wachstum von 2,9 %. Trotz der Handelsstreitigkeiten mit China expandierte die Produktion stark und die Ausrüstungsinvestitionen nahmen, zum Teil durch die Ende 2017 beschlossene Steuerreform, deutlich zu. Im Verlauf des Jahres nahm die Dynamik merkbar ab. Die Strafzölle auf chinesische Produkte verfehlten klar den von Präsident Trump intendierten Effekt. Das Außenhandelsdefizit der USA gegenüber China nahm 2018 auf einen neuen Rekordstand von 419 Mrd. US-Dollar zu. Die teilweise Stilllegung der amerikanischen Bundesverwaltung von 22. Dezember 2018 bis 25. Jänner 2019 dürfte das Wirtschaftswachstum nach Angaben des *Congressional Budget Office* im letzten Quartal 2018 um 0,1 und im ersten Quartal 2019 um 0,2 Prozentpunkte verringert haben. Für die Jahreswachstumsrate 2019 dürfte der *Shutdown* aufgrund von Nachholeffekten im 2. Quartal allerdings keine merkbaren Auswirkungen haben.

Aufgrund der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik und einem geringeren Preisdruck wurde in der letzten Sitzung des *Federal Open Market Committee* Mitte März keine weitere Zinserhöhung beschlossen. Das Zielband für die Federal Funds Rate liegt daher weiterhin zwischen 2,25 % und 2,5 %. Die Effekte der Anfang 2018 in Kraft getretenen Steuerreform dürften langsam auslaufen und die Unsicherheiten bezüglich der Handelspolitik der USA verbleiben. Der *Markit Composite Purchasing Managers Index* entwickelte sich zuletzt insgesamt positiv, wobei sich die Erwartungen der Industrie abgeschwächt und für den Dienstleistungsbereich gebessert haben. Der *Composite Leading Indicator* der OECD deutet hingegen auf eine weitere Abkühlung der Konjunktur hin. Die schwache Entwicklung am Wohnungsmarkt und die geringe Differenz der Zinsen auf zehn- und einjährige Staatsanleihen (flache Zinsstrukturkurve) werden von manchen Experten als Warnung für eine mögliche bevorstehende Rezession gesehen. Das Institut geht von einem Wirtschaftswachstum von 2,4 % im laufenden und von 1,8 % im kommenden Jahr aus.

In **Japan** ist die Wirtschaft im Jahr 2018 um 0,7 % gewachsen. Nach einer schwachen Entwicklung im Vorquartal erhöhte sich das BIP im vierten Quartal um 0,3 %. Die Ausrüstungsinvestitionen sowie der private und öffentliche Konsum trugen das Wachstum, während die Abschwächung des Welthandels die Exporte dämpfte. Im Jahr 2019 dürfte die Wirtschaft um 0,8 %, im nächsten Jahr um 0,7 % wachsen. Lohnerhöhungen und höhere Sozialausgaben werden den privaten Konsum stützen und die kurzfristigen Auswirkungen der geplanten Erhöhung des Verbrauchsteuersatzes im Oktober 2019 teilweise abfedern. Solide Unternehmensgewinne und die Arbeitskräfteknappheit sollten die Investitionstätigkeit erhöhen. Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen werden in Tokio in Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2020 getätigt. Abwärtsrisiken gehen trotz der vor kurzem in Kraft getretenen

Handelsabkommen (das transpazifische Handelsabkommen (CPTPP) und das Japan-EU Freihandelsabkommen) von der Auslandsnachfrage aus. Die schwächere Wirtschaftsdynamik der Haupthandelspartner, vor allem in China, trübt Japans Exportaussichten. Wegen der schwachen Wirtschaftslage wird die *Bank of Japan* von ihrer ultralockeren Geldpolitik voraussichtlich noch nicht abgehen, auch weil der Preisauftrieb deutlich unter dem Zielwert der japanischen Notenbank von 2 % liegt.

In **China** expandierte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2018 um 6,6 %. Die Wirtschaftsdynamik hat im Laufe des vorigen Jahres kontinuierlich an Fahrt verloren, von 6,8 % im ersten Quartal auf 6,4 % im vierten Quartal. Der Konsum blieb der Hauptwachstumstreiber, während sich der Anstieg der Investitionen verlangsamt hat. Die wachsende Unsicherheit wegen des Handelskonflikts mit den USA hat zu Zurückhaltung bei Investitionen und schwächeren Exporten geführt. Die hohe Unternehmensverschuldung in China und die Verringerung des Zinsgefälles zwischen China und den USA, die zur Zunahme der Kapitalflucht aus China führt, haben die Aussichten für die chinesische Wirtschaft getrübt.

Im Laufe des heurigen Jahres ist infolge des Handelskonflikts mit den USA mit einer schwächeren Exportentwicklung zu rechnen und die Verlangsamung der Binnenkonjunktur dürfte sich verstärken. Auch die Bemühungen um Schuldenabbau sowie die Abschwächung der globalen Nachfrage dürften das Wachstum dämpfen. Die weiterhin expansive Geldpolitik dürfte die Wirtschaft stützen. Um das BIP-Wachstum anzukurbeln, hat der chinesische Premierminister Anfang März 2019 Maßnahmen angekündigt, die hauptsächlich eine Senkung der Staatsabgaben im Fokus haben, wie die Senkung der Mehrwertsteuer für die produzierende Industrie und für die Bau- und Transportindustrie sowie eine Senkung der Strompreise. Insgesamt wird für dieses Jahr mit einem Wachstum von 6,2 % und für das nächste Jahr von 6,0 % gerechnet.

In **Deutschland** hat sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2018 unerwartet stark abgekühlt. In der zweiten Jahreshälfte blieb die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung auf dem Niveau des ersten Halbjahres, im Jahresdurchschnitt übertraf das reale Bruttoinlandsprodukt den Vorjahresstand nur noch um 1,4 %. Wesentlichen Einfluss hatten dabei Sonderfaktoren. In der Automobilindustrie wurde die Produktion aufgrund von Problemen bei der Umsetzung des neuen Abgastestverfahrens WLTP eingeschränkt, und in der Chemieindustrie bremsen eingeschränkte Transportkapazitäten infolge des Niedrigwassers des Rheins die Ausbringung. Zur Eintrübung des Geschäftsklimas haben auch die hohen Unsicherheiten im Zusammenhang mit protektionistischen Tendenzen im Welthandel und die unklare Ausgestaltung des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs beigetragen. Zudem schränken die in vielen Branchen erreichten Kapazitätsgrenzen und Arbeitskräfteengpässe die Spielräume für Produktionsausweitungen ein. Die

Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition sank im Jahresdurchschnitt auf 5,2 % und dürfte im Prognosezeitraum noch etwas weiter zurückgehen. Die Inflationsrate belief sich auf 1,8 %; sie dürfte im Einklang mit der Entwicklung der Energiepreise in den Jahren 2019 und 2020 etwas niedriger sein.

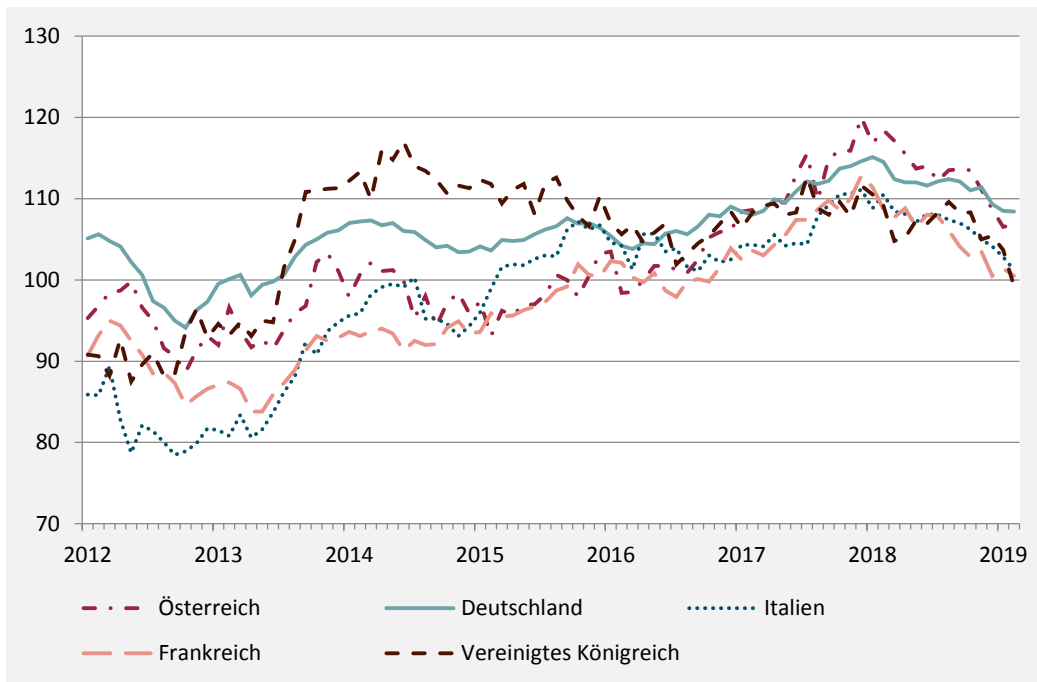
Die Entwicklung der Industrieproduktion und der Auftragseingänge im Jänner 2019 deutet darauf hin, dass die Probleme im Verarbeitenden Gewerbe nur allmählich überwunden werden. In der Grundtendenz bleibt die Konjunktur dennoch aufwärts gerichtet. Der private Konsum profitiert von der sehr guten und sich weiter verbessernden Arbeitsmarktlage, den damit einhergehenden kräftigen Tariflohnhebungen und expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen. Auch die Bauinvestitionen dürften weiter kräftig zulegen. Der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum bleibt hoch und die staatlichen Investitionen werden ausgeweitet. Zudem bleiben die Finanzierungskosten ausgesprochen niedrig. Davon werden auch die Ausrüstungsinvestitionen angeregt. Auch die nach wie vor hohe Kapazitätsauslastung fördert die Investitionstätigkeit. Die Exporte werden dagegen im Einklang mit dem verhaltenen Welthandelwachstum nur gedämpft zunehmen. Da die Importe aufgrund der lebhaften Binnennachfrage weiterhin deutlich steigen, dürfte der Außenbeitrag die gesamtwirtschaftliche Expansion bremsen. Alles in allem erwartet das Institut, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 um 0,9 % steigt. Für 2020 ergibt sich vor allem aufgrund der deutlich größeren Zahl von Arbeitstagen ein Wachstum von 1,6 %.

In **Italien** verlangsamte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2018 deutlicher als im übrigen Euroraum. Vor allem ab den Sommermonaten ging die Wirtschaftstätigkeit merklich zurück, insbesondere durch eine Verschlechterung der Inlandsnachfrage und einem Nachlassen der Exporte. Auch der Arbeitsmarkt schwächte sich ab, wenn auch in geringerem Maße als die Produktion. Bei niedriger Inflation hat sich das Lohnwachstum leicht verstärkt. In den letzten Wochen hat sich die Unsicherheit in der Diskussion um den Haushalt für die kommenden Jahre mit der Europäischen Kommission gelegt, woraufhin die Risikoaufschläge für italienische Staatsanleihen zurückgingen. Allerdings liegen diese Werte noch immer über den für die Jahre 2016 und 2017 beobachteten Durchschnittswerten. Auf Basis dieses ökonomischen Hintergrundes ergibt sich für das Jahr 2018 ein BIP-Wachstum von 0,9 %.

Auch die italienische Volkswirtschaft wird derzeit durch die Zunahme ökonomischer Risiken auf europäischer und globaler Ebene beeinflusst. So gehören einige wirtschaftlich bedeutende Regionen Italiens (z.B. Emilia-Romagna, Toskana und Marken) aufgrund ihrer starken Exposition in den Sektoren Maschinen sowie Textilien und Möbel zu den EU-Regionen, die von einem harten Brexit am meisten betroffen wären. Auf globaler Ebene wirken die internationalen Handelsspannungen, niedrigere Wachstumserwartungen für die chinesische Volkswirtschaft und eine sich

verschlechternde ausländische Nachfrage nach italienischen Produkten. Dies führt dazu, dass das Institut seine Wachstumserwartungen für die italienische Volkswirtschaft auf einen Zuwachs von 0,3 % für das Jahr 2019 reduziert. Unter der Annahme, dass sich ein Teil der geschilderten Risiken bis 2020 reduzieren dürfte, wird für das Jahr 2020 eine leichte Zunahme der Wachstumsrate des BIP auf 0,8 % erwartet.

Abbildung 7: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Frankreich** hat sich das Wirtschaftswachstum von 2,2 % im Jahr 2017 auf 1,5 % im vergangenen Jahr verlangsamt. In den ersten beiden Quartalen wuchs die französische Wirtschaft mit 0,2 % bezogen auf das jeweilige Vorquartal. In der zweiten Jahreshälfte zeigt sich trotz der Proteste der *Gilets Jaunes* (Gelbwesten) eine geringfügig stärkere Entwicklung mit jeweils 0,3 %. Einen positiven Beitrag leistete eine Stärkung der Kaufkraft durch Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge und durch die schrittweise Abschaffung der Besteuerung von impliziten Mieten von Eigenheimen. Frankreich war aufgrund seiner geringeren Außenhandelsorientierung deutlich schwächer von der verhaltenen Entwicklung der internationalen Konjunktur betroffen. Die Beschäftigung expandierte in den drei letzten Quartalen 2018 äußerst verhalten, was zum Teil auf die Streichung subventionierter Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenquote entwickelte sich dennoch auf hohem Niveau rückläufig von 9,4 % in 2017 auf 9,1 % 2018 im Jahresdurchschnitt.

Im laufenden Jahr dürfte die Inlandsnachfrage durch die im Dezember letzten Jahres gemachten Zugeständnisse an die *Gilets Jaunes* kurzfristig stimuliert werden. Unter anderem wurden eine Erhöhung des Mindestlohns, Steuerbefreiung von Überstunden, ein Zuschlag für Geringverdiener und Steuerentlastungen für Bezieher von geringen Pensionen beschlossen. Die *Banque de France* schätzt, dass diese Maßnahmen die Kaufkraft um etwa 0,7 Prozentpunkte in 2019 erhöhen und etwa 0,3 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum in 2019 und 2020 beitragen könnten. Bezüglich der Entwicklungen der konjunkturellen Vorlaufindikatoren zeigt sich ein differenziertes Bild. Nachdem der *Consumer Confidence Indicator* der Europäischen Kommission und auch die *Markit Purchasing Managers Indices* für Produktion und Dienstleistungen im Dezember zum Teil stark nachgaben, stiegen diese Indikatoren in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres wieder an. Der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission und der *Composite Leading Indicator* der OECD gaben im laufenden Jahr hingegen weiter nach bzw. stagnierten. Aufgrund des geringen Wachstumsüberhangs und der durchwachsenen kurzfristigen Dynamik wird für 2019 eine weitere leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 1,3 % erwartet und für 2020 eine leichte Erholung auf 1,4 %.

Die Konjunktur im **Vereinigten Königreich** wird durch die mit dem Brexit verbundenen Unsicherheiten belastet. Im vierten Quartal hat sich das BIP-Wachstum deutlich verlangsamt und betrug nur noch 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Insgesamt ist die Wirtschaft im Jahr 2018 um 1,4 % gewachsen, wobei insbesondere die Anlageinvestitionen deutlich zurückgingen. Dämpfend wirkten auch niedrigere Exporte, während die Importe leicht zulegten. Der private Konsum stieg weiterhin mit moderatem Tempo. Trotz der schwachen Konjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessert. Gegenwärtige Arbeitslosenquoten um 4,0 % wurden zuletzt Anfang der Siebziger Jahre verzeichnet. Zu Jahresbeginn 2019 sank die Inflationsrate zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder unter das Ziel der Notenbank in Höhe von zwei Prozent. Vor diesem Hintergrund und auch hinsichtlich der Brexit-bedingten Unsicherheit wird keine Leitzinserhöhung der *Bank of England* erwartet. Der Reposatz wird damit voraussichtlich längere Zeit bei 0,75 % bleiben. Seit Jahresmitte 2018 sinken die *Markit/CIPS UK* Indizes für die Güterverarbeitende Industrie und den Dienstleistungssektor. Laut Umfrage bleibt die mit dem Brexit verbundenen Unsicherheit das größte Hindernis bezüglich des Wachstums der Geschäftstätigkeit. Für die Prognose wird unterstellt, dass eine Verlängerung der Artikel-50-Frist beschlossen wird und es innerhalb dieser Frist zu einer Einigung mit der EU bezüglich eines geregelten Austritts kommt. Dennoch wird sich das Wirtschaftswachstum voraussichtlich etwas verlangsamen und in den Jahren 2019 und 2020 0,9 % bzw. 1,1 % betragen.

Die Konjunktur in der **Schweiz** hat sich im zweiten Halbjahr 2018 deutlich abgekühlt und ist im vergangenen Jahr mit 2,5 % weniger kräftig gewachsen als noch in der Dezember-Prognose erwartet. Einerseits führte der schwächere Welthandel im zweiten Halbjahr zu einem markant niedrigeren Außenhandel, andererseits büßten auch die Investitionen deutlich an Dynamik ein, insbesondere die Anlageinvestitionen gaben kräftig nach. Der *Markit/Credit Suisse Index*, der bis in die Sommermonate noch sehr hohe Werte verzeichnete, ist seit September zurückgegangen. Der Indexrückgang fiel jedoch weniger stark aus als in anderen Ländern. Die Inflation sank von 1,2 % im Sommer auf 0,7 % im Dezember und gab zuletzt weiter nach. Diese Entwicklung sollte den Konsum stärken. Insgesamt gibt es für die Schweizerische Nationalbank keine Veranlassung, ihren geldpolitischen Kurs zu ändern. Das Zielband für den Dreimonats-Libor liegt weiterhin bei –1,25 % bis –0,25 %. Der Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr gut entwickelt, was sich sowohl in steigender Beschäftigung als auch in sinkender Arbeitslosigkeit niederschlug. Im laufenden Jahr sollte sich die für die Schweiz sehr wichtige Exportwirtschaft aufgrund der geringeren Dynamik im Welthandel, und insbesondere aufgrund der schwächeren Aussichten in Europa, nur gedämpft entwickeln. Die Wirtschaft sollte damit im Prognosezeitraum mit 1,2 % und 1,7 % deutlich langsamer als im vergangenen Jahr wachsen.

Nach dem kräftigen Wachstum der Wirtschaftsleistung im Jahr 2017, blieb die Konjunktur in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** im Vorjahr, trotz zunehmender geopolitischer Risiken, stark. In den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) expandierte das BIP im Durchschnitt um 4,7 %. Damit wuchs die Wirtschaft in diesen Ländern nach wie vor rascher als ihr jeweiliges Produktionspotenzial.

Die aus EU-Strukturfonds kofinanzierten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen sowie private Bau- und Ausrüstungsinvestitionen trugen zusammen mit dem privaten Konsum die Expansion. Neben stark steigenden Realeinkommen bei zunehmender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit wirkte die dynamische Entwicklung der Kredite an private Haushalte unterstützend. Da der starke Konsum zu einer deutlichen Ausweitung der Importe führte, trugen die Nettoexporte in den meisten Ländern negativ zum Wachstum bei.

Die Investitionen und der private Konsum werden auch im laufenden und im nächsten Jahr die Hauptwachstumstreiber bleiben. Nachlassende Fiskalimpulse, ein langsames Beschäftigungswachstum, der erhebliche Mangel an Fachkräften und eine schwächere Auslandsnachfrage beeinträchtigen das konjunkturelle Umfeld. Die ungeklärten Modalitäten des Ausscheidens des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union erhöhen die Unsicherheit noch darüber hinaus. Positive Entwicklungen im Handelsstreit zwischen den USA einerseits und China sowie der Europäischen Union

andererseits, könnten hingegen zu einer Aufhellung der Konjunkturaussichten beitragen. Alles in allem dürfte sich die solide Wirtschaftsentwicklung in diesem und im nächsten Jahr mit einem abgeschwächten Tempo fortsetzen. Insgesamt ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 um 3,3 % in diesem und um 2,8 % im kommenden Jahr zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich das BIP im Vorjahr um 3,0 %. Im vierten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal und nahm um 2,8 % im Vorjahresvergleich zu. Die Inlandsnachfrage war der Hauptwachstumstreiber. Die Exporte erholten sich im vierten Quartal und trugen positiv zum BIP-Wachstum bei. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,1 % im Jänner 2019 herrscht in Tschechien Vollbeschäftigung. Allerdings schränkt das Fehlen von Arbeitskräften die Produktion zunehmend ein. Die Inflation erhöhte sich im Februar auf 2,4 %, da das kräftige Lebensmittelpreis- und Lohnwachstum sowie die schwache Krone den Druck auf die Preise erhöhen. In den Jahren 2019 und 2020 dürfte die Wirtschaftsleistung infolge starker Investitionen und eines robusten Konsumwachstums, gestützt durch weitere Fiskalimpulse, um 2,8 % bzw. 2,5 % zunehmen.

In **Ungarn** expandierte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2018 um 4,9 %. Im vierten Quartal erhöhte sich das BIP um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 4,9 % zu. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Die Inflation beschleunigte sich im Februar 2019 auf 3,2 %, die zweithöchste Rate in der EU. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2018 lediglich 3,6 %. Die Investitionstätigkeit wird in der Prognoseperiode zusammen mit dem privaten Konsum, gestützt durch weitere Lohnsteigerungen und eine Fortsetzung der dynamischen Kreditvergabe, das Wachstum tragen. Die Nutzung der EU-Mittel erreicht im Jahr 2019 ihren Höhepunkt und nimmt danach allmählich ab. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und ein langsamerer Anstieg der Realeinkommen, bedingt durch die steigende Inflation, werden dämpfend wirken. Trotz einer sich abschwächenden externen Nachfrage dürften die Exporte aufgrund steigender Produktionskapazitäten im Prognosezeitraum dynamisch bleiben. Somit dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3,0 % bzw. 2,5 % zunehmen.

In **Polen** hat das BIP-Wachstum im Vorjahr 5,4 % betragen. Im vierten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung mit 4,6 % zum Vorjahresquartal sehr kräftig, zum Vorquartal legte das BIP um 0,5 % zu. Diese Entwicklung war auf eine starke Zunahme des privaten Konsums infolge stark steigender Löhne, Beschäftigung und Sozialtransfers zurückzuführen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen zogen deutlich an. Trotz einer starken BIP-Zunahme blieb die Inflation niedrig und betrug im Februar 2019 lediglich 1,3 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag mit 3,7 % im Jänner um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die

Engpässe auf dem Arbeitsmarkt dämpfen zunehmend die Wirtschaftsaktivität, dem dürfte allerdings die Zuwanderung von Fachkräften aus der Ukraine entgegenwirken. Die Entwicklung der Industrieproduktion und der Exporte dürfte sich wegen der schwachen deutschen Nachfrage verlangsamen. Die Inlandsnachfrage sollte in der Prognoseperiode der Wachstumsmotor bleiben. Das erweiterte Programm "Family 500+" dürfte die Ausgaben der Haushalte ankurbeln und die diesjährige Abkühlung abfedern. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem und im nächsten Jahr um 3,5 % bzw. 2,9 % zunehmen.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 4,1 %. Im vierten Quartal nahm das BIP um 4,0 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres und um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal zu. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Nach dem Rückgang im Vorquartal erholten sich die Investitionen. Die Inflationsrate beschleunigte sich im Februar 2019 auf 2,3 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner 6,2 % und lag damit auf einem historisch niedrigen Niveau. Durch die angekündigten Investitionen in der Produktion von E-Autos bei den vier im Land angesiedelten internationalen Autoproduzenten sowie durch weitere öffentliche Infrastrukturinvestitionen wird die slowakische Wirtschaft im Prognosezeitraum zusätzliche Impulse bekommen. Weitere Lohnerhöhungen und eine Zunahme der Beschäftigung werden den privaten Konsum stützen. Eine Eskalation der globalen Handelsspannungen, insbesondere im Automobilsektor, könnte das Wachstum jedoch dämpfen. Die Wirtschaftsleistung wird somit in diesem Jahr um 3,7 % wachsen. Im Einklang mit der Abschwächung der internationalen Konjunktur wird für 2020 ein BIP-Wachstum von 3,2 % erwartet.

In **Slowenien** nahm das BIP im Vorjahr um 4,5 % zu. Im vierten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung um 0,8 % zum Vorquartal bzw. um 3,6 % im Vorjahresvergleich. Sowohl die Nettoexporte als auch der private Konsum und die Anlageinvestitionen waren die Wachstumstreiber. Im Februar 2019 betrug die Inflationsrate, infolge von Rückgängen bei Bekleidungs- und Transportpreisen, lediglich 1,3 %. Trotz robuster Konjunktur blieb die Arbeitslosenquote im Jänner unverändert auf 5,2 %. Das BIP dürfte in diesem Jahr um 3,4 % und im Jahr 2020 um 2,7 % expandieren. Die Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, dürften weiter zunehmen und zusammen mit dem privaten Konsum zum BIP-Wachstum beitragen. Die schwächere Auslandsnachfrage und die hohe Unternehmensverschuldung könnten das Wachstum hingegen dämpfen.

Im Jahr 2018 hat das BIP-Wachstum in **Rumänien** 4,1 % betragen. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich im vierten Quartal um 4,0 % im Vorjahresvergleich bzw. um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Während der private Konsum infolge starker Lohnsteigerungen und Steuersenkungen und der Lageraufbau kräftig stiegen,

nahmen die öffentlichen Investitionen infolge einer langsamen Absorption der EU-Mittel leicht ab. Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner 2019 3,9 %. Getrieben durch schnell wachsende Löhne sowie steigende Lebensmittel- und Energiepreise erhöhte sich die Inflation im Februar 2019 auf 4,0 %, die höchste Teuerungsrate in der EU. Aufgrund der angekündigten weiteren Pensions- und Lohnerhöhungen dürfte der private Konsum in diesem Jahr der Haupttreiber der Konjunktur bleiben. Eine Zunahme der durch die EU kofinanzierten Infrastrukturprojekte sollte die Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode nach der negativen Entwicklung im Vorjahr beleben. Da sich der dynamische Konsum in steigenden Importen niederschlägt, dürfte der Beitrag der Nettoexporte negativ bleiben und das Leistungsbilanzdefizit weiter erhöhen. Angesichts stark zunehmender Ausgaben bleibt das Haushaltsdefizit in diesem Jahr weiterhin unter Druck. Infolgedessen dürfte 2019 und 2020 die Wirtschaftsleistung um 3,3 % bzw. 3,0 % expandieren.

In **Kroatien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 2,6 %. Im vierten Quartal nahm das BIP um 2,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zu. Während sich die Expansion des Konsums und der Investitionen beschleunigte, trugen die Nettoexporte negativ zum Wachstum bei. Die Inflationsrate blieb im Februar 2019 mit 0,8 % niedrig, die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jänner auf 7,6 % (–1,8 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der weiter sinkenden Arbeitslosigkeit, steigender Realeinkommen, Steuersenkungen sowie günstiger Kreditbedingungen weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt durch die von der EU kofinanzierten Investitionen, um 2,6 % bzw. 2,5 % zunehmen.

Im Vorjahr hat das BIP-Wachstum in **Bulgarien** 3,1 % betragen. Im vierten Quartal expandierte das BIP im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,2 %, im Vorquartalsvergleich legte die Wirtschaftsleistung um 0,8 % zu. Die Expansion wurde vom privaten und öffentlichen Konsum sowie den Investitionen getragen. Die Exporte gingen hingegen aufgrund der schwächeren Auslandsnachfrage (insbesondere aus der Türkei) stark zurück. Die Inflationsrate betrug im Februar 2019 2,4 %. Die Arbeitslosenquote lag im Jänner mit 4,8 % um 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Konsum und die Investitionen werden in der Prognoseperiode die Wachstumsmotoren bleiben. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt auf eine dynamische Entwicklung der von der EU kofinanzierten Investitionen, um 3,2 % bzw. 3,0 % expandieren.

In **Russland** führte ein starkes Jahresschlussquartal nach einer zunächst schwachen Expansion während der ersten drei Quartale zu einer Ausweitung der Wirtschaftsleistung im Vorjahr in Höhe von 2,3 %. Getragen wurde die Zunahme des

BIP im Vorjahr von den Exporten. Die Importe wurden hingegen durch die Abwertung des Rubel gegenüber dem US-Dollar und dem Euro gedämpft. Der private Konsum und die Investitionen entwickelten sich nur mäßig. Der staatliche Konsum verlor aufgrund der fortgesetzten Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung an Kraft. Ein anhaltender Arbeitskräftemangel, bedingt durch demografische Faktoren, führte zu einer niedrigen Arbeitslosigkeit. Diese betrug Anfang des Jahres 2019 lediglich 4,9 %. Die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und der Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu Anfang dieses Jahres führten zu einer Beschleunigung der Inflation auf 5,2 % im Februar.

Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln durch die dynamische Entwicklung der Exporte im Vorjahr sollen die Staatsausgaben einschließlich der öffentlichen Investitionen in der Prognoseperiode erhöht werden. Die private Konsumnachfrage könnte sich hingegen infolge sinkender Realeinkommen bei steigender Inflation abschwächen. Der Anstieg des russischen Exportvolumens dürfte sich in den nächsten Jahren, wegen der Abkühlung der internationalen Konjunktur und des neuen OPEC-Abkommens, welches eine Gesamtkürzung der Ölförderung vorsieht, etwas verlangsamen. Das Volumen der russischen Importe wird bei einem steigenden Bedarf an Investitionsgütern voraussichtlich wachsen. Große Ölpreisschwankungen sowie eine gegebenenfalls deutlich schwächere internationale Konjunktur könnten das Wachstum dämpfen. Insgesamt ist für die Jahre 2019 und 2020 ein Anstieg des BIP um 1,5 % bzw. 1,8 % zu erwarten.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
BIP, real					
Deutschland	2,2	2,2	1,4	0,9	1,6
Italien	1,1	1,6	0,9	0,3	0,8
Frankreich	1,2	2,2	1,5	1,3	1,4
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8	1,4	0,9	1,1
Schweiz	1,6	1,6	2,5	1,2	1,7
USA	1,6	2,2	2,9	2,4	1,8
Japan	1,0	1,7	0,7	0,8	0,7
China	6,7	6,9	6,6	6,2	6,0
Polen	3,1	4,8	5,4	3,5	2,9
Slowakei	3,1	3,2	4,1	3,7	3,2
Tschechien	2,5	4,4	3,0	2,8	2,5
Ungarn	2,3	4,1	4,9	3,0	2,5
Slowenien	3,1	4,9	4,5	3,4	2,7
MOEL-5*	2,9	4,5	4,7	3,3	2,8
Bulgarien	3,9	3,8	3,1	3,2	3,0
Rumänien	4,8	7,0	4,1	3,3	3,0
Kroatien	3,5	2,9	2,6	2,6	2,5
Russland	-0,2	1,5	2,3	1,5	1,8
Euroraum	2,0	2,4	1,8	1,3	1,6
NMS-6**	3,2	4,9	4,5	3,2	2,8
EU-27***	2,1	2,6	2,0	1,5	1,7
OECD	1,8	2,5	2,4	1,9	1,8
Welt	3,3	3,7	3,6	3,2	3,3
Welthandel	1,5	4,7	3,3	2,5	3,0
Österreichische Exportmärkte	3,4	5,4	3,8	2,8	3,5
USD/EUR Wechselkurs****	1,11	1,13	1,18	1,14	1,14
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)****	45,0	54,8	71,7	65,0	65,0

*MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien **NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien ***ohne Vereinigtes Königreich ****absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Während die **österreichische Außenwirtschaft** im vergangenen Jahr noch von den günstigen internationalen Rahmenbedingungen profitierte, dürfte sich der Ausblick für das laufende Jahr deutlich eintrüben. Das Wachstum des Welthandels wird merklich schwächer ausfallen, Chinas Konjunktur kühlt sich weiter ab und Österreichs wichtigste Exportmärkte, allen voran Deutschland und Italien, werden eine deutlich geringere Dynamik aufweisen. Die Hauptunsicherheitsfaktoren sind die Unklarheiten darüber, ob ein geordneter oder harter Brexit erfolgen wird sowie die Aussicht auf Importzölle der USA auf europäische Produkte des Automobilsektors.

Die nominellen Warenexporte sind im vergangenen Jahr um 5,7 % gewachsen. Vor allem die Exporte nach Deutschland, Italien und in die USA trugen anteilmäßig am stärksten zu diesem Wachstum bei. Die nominellen Warenexporte nach Deutschland wuchsen 2018 um 5,6 %, nach Italien um 7,4 % und in die USA um 9,7 %. Deutschland verzeichnete im Jahresverlauf 2018 einen relativ konstanten Beitrag zum gesamten nominellen Warenexportwachstum Österreichs. Der anteilmäßige Beitrag der Warenexporte nach Italien schwächte sich im zweiten Halbjahr ab, während der Beitrag der USA zunahm. Das nominelle Warenexportwachstum in 2018 war stark von den Exporten in Maschinen und Fahrzeugen, bearbeiteten Waren und sonstigen Fertigwaren getragen. Diese Gütergruppen wuchsen um 6,2 %, 6,5 % und 6,7 %. Die nominellen Warenexporte dürften in den Jahren 2019 und 2020 um 3,0 % bzw. 4,3 % wachsen. Bei den nominellen Warenimporten erwartet das Institut Zuwächse von 2,7 % bzw. 3,9 %.

Die gesamten Nächtigungen wuchsen im vergangenen Jahr um 3,7 %, mit einem Wachstum der Inlandsnädigungen von 2,2 % und der Auslandsnädigungen von 4,2 % (Nädigungen aus den USA mit 8,0 %, Osteuropa mit 7,4 %, Asien mit 6,3 % und Deutschland mit 5,1 %). Im laufenden Jahr dürften die schwächere Weltwirtschaftsentwicklung und die späten Osterferien zu einer Abschwächung der Nädigungen führen. Bei den Reiseverkehrsexporten geht das Institut von einem realen Wachstum von 1,3 % in 2019 und 1,0 % in 2020 aus. Für die Reiseverkehrsimporte wird für 2019 und 2020 jeweils ein Wachstum von 1,0 % erwartet.

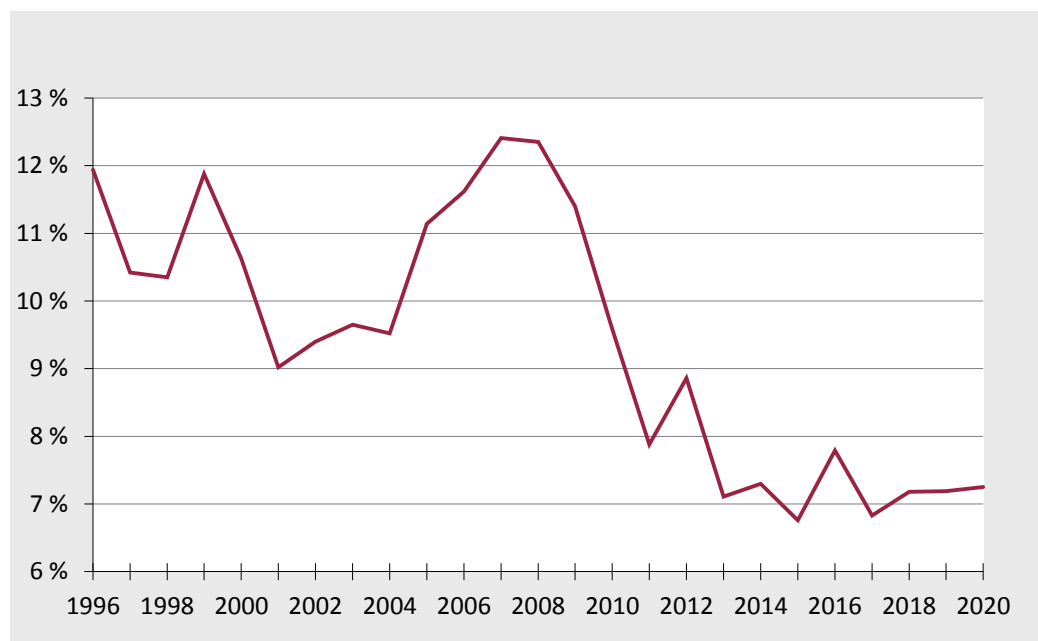
Die realen Exporte i. w. S. laut VGR werden in den Jahren 2019 und 2020 um 2,4 % bzw. 3,2 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte dürfte im Prognosezeitraum 2,5 % bzw. 3,5 % betragen. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden um 2,4 % bzw. 3,0 % wachsen. Die realen Warenimporte werden in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich um 2,4 % bzw. 3,1 % ansteigen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im abgelaufenen Jahr war die Konsumnachfrage der österreichischen Haushalte lebhaft, Angespartes wurde mit Freude ausgegeben. Die kurzfristig erhältliche Einzelhandelsstatistik konnte diese Ausgabenfreude nicht ganz wiedergeben, ebensowenig die zuletzt in Folge der Einführung der neuen Norm für Abgasmessungen (WLTP) stark schwankenden Kfz-Neuzulassungen. Auch im laufenden Jahr weiten sich die Haushaltseinkommen deutlich aus, die Haushalte reagieren mit anhaltend robuster Konsumnachfrage, die ihrerseits konjunkturstützend wirkt. Die derzeit uneinheitlichen Werte aus dem Einzelhandel und von anderen Vorlauf- und Stimmungsindikatoren beeinträchtigen diese Gesamteinschätzung nicht.

Der **private Konsum** wächst heuer inflationsbereinigt um 1,6 % und setzt damit die Dynamik des Vorjahres fort. Die Realeinkommen expandieren gleichzeitig ebenso um 1,6 %, wobei die Entlastung durch den Familienbonus einer konjunkturellen Tendenz zu schwächeren Zuwächsen entgegen wirkt. Damit bleibt die Haushaltssparquote konstant auf 7,2 %. Im kommenden Jahr werden dann die Realeinkommen nur mehr um 1,5 % zulegen. Die Haushalte werden dieser Entwicklung in ihren Ausgaben folgen und lassen diese um 1,4 % ansteigen, woraus sich dann eine geringfügig höhere Haushaltssparquote ergibt.

Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die Grafik zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Seit dem Ende der direkten Auswirkungen und Nachwirkungen der globalen Finanzkrise bewegt sich diese Kenngröße auf einem historisch eher niedrigen Niveau knapp oberhalb von 7 %. Vermutlich liegt derzeit der Normalwert der Haushaltssparquote in diesem Bereich und damit deutlich niedriger als um die Jahrtausendwende, gleichwohl höher als in vielen anderen europäischen Ländern. Laut der ökonometrischen Analyse des Instituts reagiert die Haushaltssparquote empfindlich auf die Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen und auf die erwartete Expansionsrate der Realeinkommen. Heuer kommt der Familienbonus den Haushalten zu Gute, dürfte allerdings schneller verkonsumiert werden als ähnliche Einkommenszuwächse, wie sie im Zuge von Steuerreformen anfallen. Die zusätzlichen Familienbonus-Einkommen erreichen die Zielgruppe sofort und werden umgehend wahrgenommen. Daher folgen die Konsumausgaben der Einkommensdynamik, und die Sparquote bleibt in beiden Prognosejahren annähernd konstant. Heuer begünstigt die Einkommensdynamik eher die Lohneinkommen, im kommenden Jahr aber eher die Gewinneinkommen, sodass eine leichte Aufwärtsbewegung erkennbar ist, da Gewinne weniger konsumwirksam sind als Lohnzuwächse. Die von Steuerreformen gewohnte Abfolge einer zunächst höheren und sodann fallenden Haushaltssparquote ist also hier nicht zu beobachten.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst mit dem privaten Konsum annähernd im Gleichschritt mit. Für das laufende Jahr weist das Institut eine Wachstumsrate von 1,3 % aus, im kommenden Jahr eine von 1,5 %.

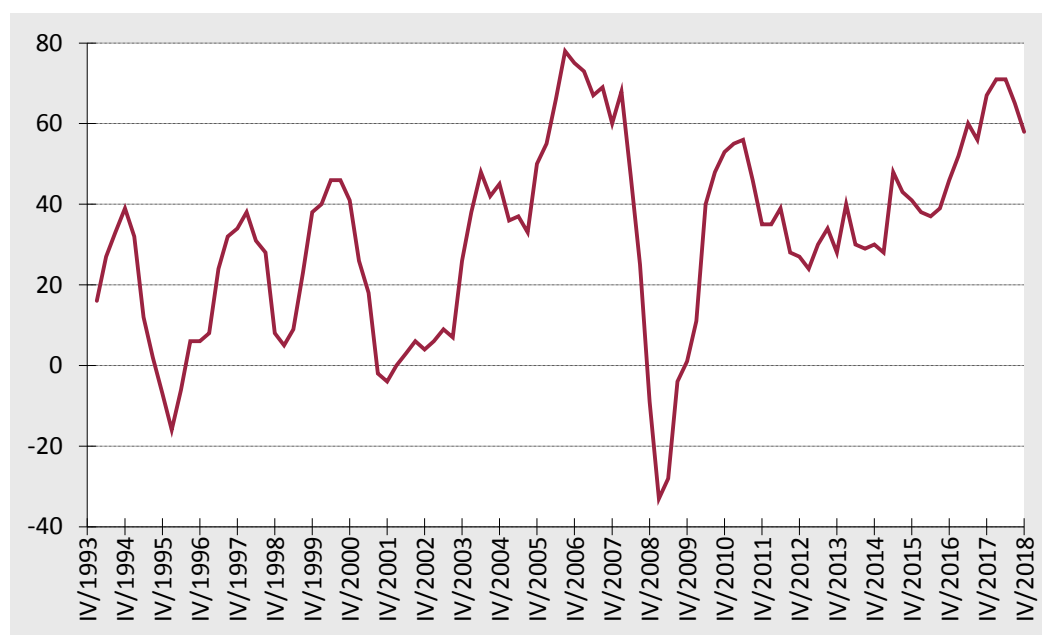
Im Jahr 2018 wurden die Investitionen zum vierten Mal in Folge kräftig ausgeweitet. Allerdings schwächte sich die Dynamik im Jahresverlauf ab. Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** nahmen um 3,7 % zu. Darunter erzielten die Investitionen in Fahrzeuge nur noch eine Steigerung um 0,3 %, nachdem sie in den beiden Jahren davor zusammen genommen um rund 34 % ausgeweitet worden waren. Die Käufe von Maschinen und Geräten stiegen im vergangenen Jahr um 4,5 % (darunter Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie um 7,1 %). In geistiges Eigentum investierten die Unternehmen um 4,3 % mehr. In saisonbereinigter Betrachtung nahmen die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal noch um 0,5 % zu, nach jeweils 1,2 % im ersten und zweiten sowie 0,8 % im dritten Jahresviertel. Die Fahrzeuginvestitionen waren im Schlussquartal sogar rückläufig. Die Schwäche bei den Anschaffungen von Fahrzeugen könnte mit den Problemen bei der Umsetzung neuer Abgastests in der Automobilindustrie zusammenhängen. Bei den übrigen Aggregaten der Ausrüstungsinvestitionen verringerte sich die Dynamik kaum.

Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit allmählich an Schwung verlieren. Dafür spricht die Eintrübung des internationalen konjunkturellen Umfelds. Aufgrund

der nachlassenden Auftragseingänge haben die heimischen Industrieunternehmen ihre Erwartungen an die künftige Produktionstätigkeit zurückgenommen. Dafür, dass die Investitionen zwar an Schwung verlieren, aber nicht einbrechen, spricht die hohe Kapazitätsauslastung. Sie ist zwar zuletzt gesunken, übertrifft aber nach wie vor ihren langjährigen Mittelwert. Darüber hinaus bleiben die Finanzierungsbedingungen vorteilhaft. In der Hochkonjunkturphase der vergangenen Jahre haben sich mit steigenden Unternehmensgewinnen die Innenfinanzierungsbedingungen deutlich verbessert. Die langfristigen Zinsen dürften im Prognosezeitraum nur wenig steigen. Gemäß der vierteljährlichen euroraumweiten Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) bleiben die Kreditkonditionen in Österreich günstig, da die Banken seit Mitte 2016 die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite immer weiter gesenkt haben. Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2019 und 2020 um 1,8 % bzw. 1,5 % ausgeweitet werden.

Abbildung 9: Beurteilung der Auftragsbestände

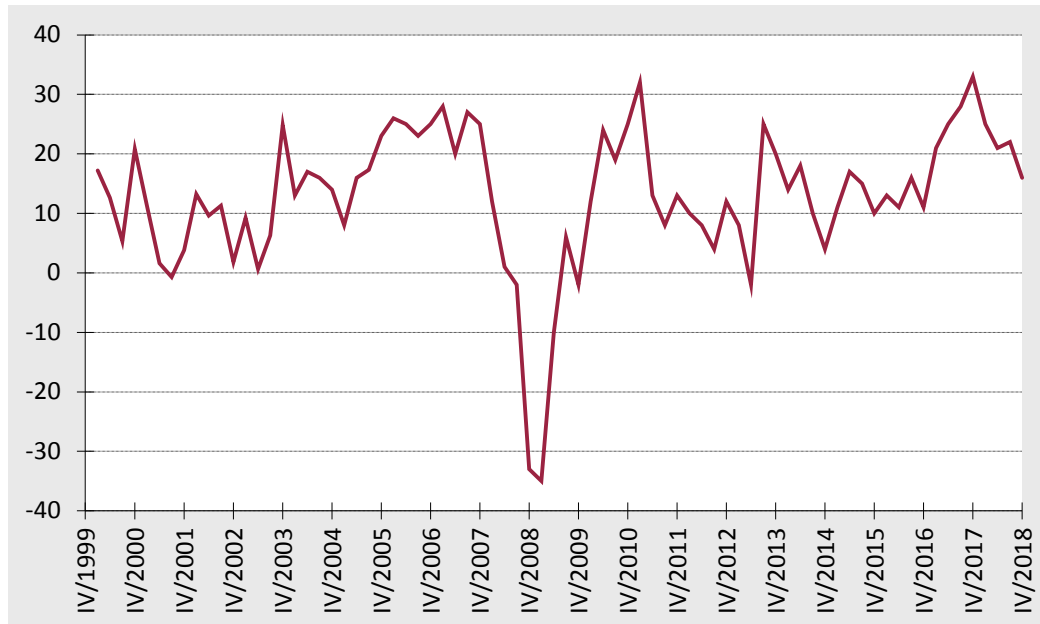
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 10: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

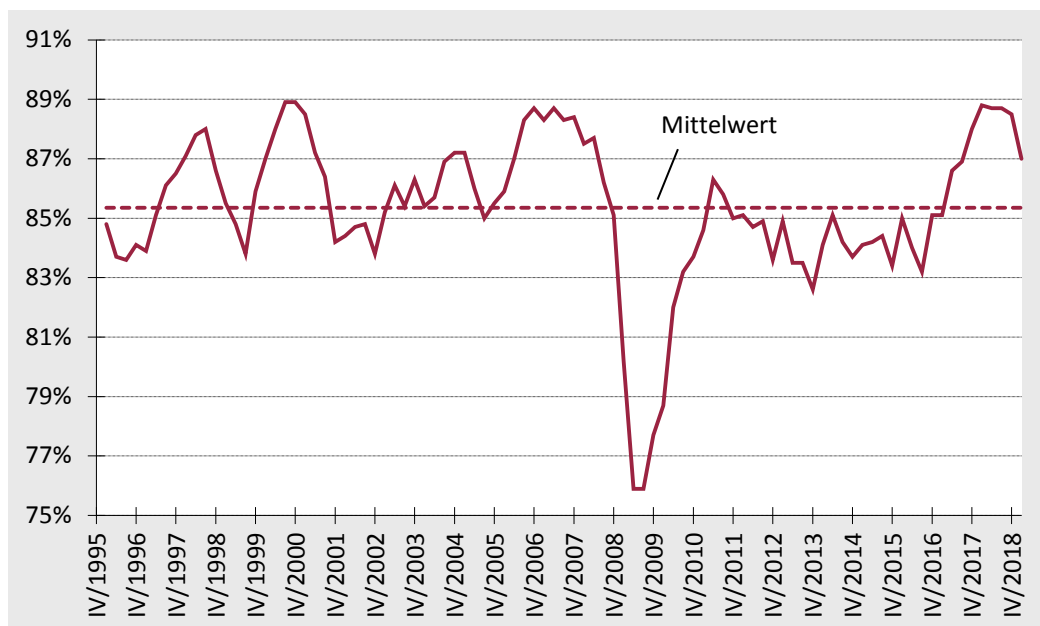
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie

saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Im Jahresdurchschnitt 2018 ist der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen um 1,2 % gestiegen, nach 1,0 % im Jahr davor. Im Einklang mit der globalen Konjunkturabkühlung dürfte im Prognosezeitraum die Nachfrage nach Industrierohstoffen nachlassen. Da auch von den Energiepreisen und den Lohnkosten kein nennenswerter Preisdruck ausgehen sollte, erwartet das Institut auch für die Jahre 2019 und 2020 einen Anstieg des Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen um jeweils 1,2 %.

Bei den **realen Bauinvestitionen** setzte sich im vergangenen Jahr die kräftige Dynamik fort. Sie wurden um 2,8 % ausgeweitet, wobei die Wohnbauinvestitionen um 2,3 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 3,1 % stiegen.

Für eine weiterhin lebhafte Bautätigkeit spricht die Entwicklung der Auftragseingänge. Der Wohnbau dürfte auch im Prognosezeitraum merklich ausgeweitet werden, da der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl und des Trends zu kleineren Familiengrößen hoch bleibt. Die steigende Nachfrage treibt die Immobilienpreise weiterhin stark an. Gemäß dem von der Oesterreichischen Nationalbank berechneten Fundamentalpreisindikator hat sich die Überbewertung der Wohnimmobilien zuletzt noch weiter erhöht. Allerdings schwächt sich die Zuwanderung ab, und auch demografiebedingt wird die Nachfrage nach neuen Wohnungen in Zukunft nicht mehr so kräftig zunehmen wie zuletzt. Die Entwicklung der Baubewilligungen für Wohnungen spiegelt diese gegenläufigen Einflussfaktoren wider. War die Zahl der Baubewilligungen in den Jahren 2016 und 2017 stark gestiegen, ging sie im vergangenen Jahr zurück. Das spricht dafür, dass im Prognosezeitraum zunächst noch die bereits bewilligten, aber noch nicht abgeschlossenen Bauprojekte realisiert werden, im späteren Verlauf aber die Bautätigkeit an Schwung verliert.

Die anhaltend günstigen Finanzierungskonditionen stützen die Wohnbauinvestitionen weiterhin. So gaben die Geschäftsbanken im Rahmen des *bank lending survey* an, dass auch im Privatkundengeschäft die Wettbewerbssituation unter den Banken dazu geführt hat, dass die Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite seit 2017 immer weiter gelockert wurden. Die Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau haben sich dadurch kontinuierlich verbessert.

Wie die Ausrüstungsinvestitionen, dürften auch die Bauinvestitionen der Unternehmen im Zuge der Konjunkturabschwächung an Schwung verlieren, während sie von der Finanzierungsseite weiterhin angeregt werden. Der Tiefbau profitiert von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen und der Verbesserung der Kassenlage der Gebietskörperschaften. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen

Bauinvestitionen in den Jahren 2019 und 2020 um 2,0 % bzw. 1,8 % ausgeweitet werden.

Der Preisauftrieb im Baubereich hat sich im vergangenen Jahr weiter beschleunigt. Die stärksten Teuerungen betrafen die Warengruppen Baustahl und Baustahlgitter, Stahl, Bleche, Träger, Treibstoffe und Bitumen. Im Jahresdurchschnitt 2018 erhöhten sich die Preise im Tiefbau um 1,6 %, im Hochbau um 3,7 % und im Baubereich insgesamt um 2,8 %. Der Deflator der Bauinvestitionen übertraf seinen Vorjahresstand um 3,5 %. Im Jänner und Februar 2019 hat die Teuerung im Baubereich etwas nachgelassen. In einigen Bereichen kam es zu Kostensenkungen, etwa bei Produkten aus Aluminium oder Stahl. Im Einklang mit der geringeren Dynamik der Baunachfrage sollte der Preisdruck im Prognosezeitraum weiter nachlassen. Der Preisindex der Bauinvestitionen dürfte im Jahr 2019 um 2,5 % und im kommenden Jahr um 2,3 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 1,9 % im Jahr 2019 und 1,6 % im Jahr 2020. Die Investitionsquote, berechnet als Anteil der nominellen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt, hat im vergangenen Jahr mit 23,9 % den höchsten Wert seit dem Jahr 2003 erreicht und sollte im Prognosezeitraum auf diesem Niveau verharren. Wie bereits im vergangenen Jahr, werden die Lagerbestandsveränderungen auch im heurigen und dem kommenden Jahr weitgehend wachstumsneutral sein. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in Jahren 2019 und 2020 um 1,8 % bzw. 1,9 % ausgeweitet werden.

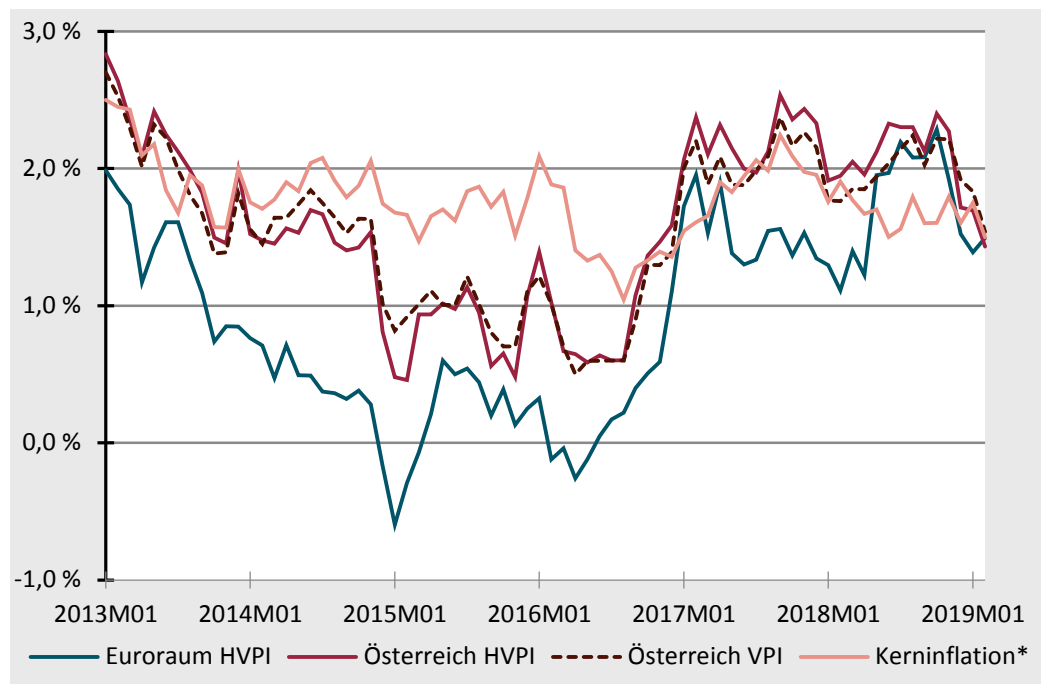
Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird über den Prognosezeitraum hinweg bis in das Jahr 2020 annähernd konstant bleiben. Laut vorläufigen Zahlen reduzierte sich der Nettofinanzierungsbedarf des Bundes im Jahr 2018 auf rund 1,1 Mrd. Euro und war somit deutlich geringer als in den vorangegangenen Jahren. Ursächlich hierfür waren das Ausbleiben von belastenden Sonderfaktoren (z.B. die Steuerreform 2015/2016 sowie Zahlungsverpflichtungen zur Bankensanierung) und die gute konjunkturelle Lage, welche zu höheren Einnahmen als veranschlagt führte (um 0,5 Mrd. Euro, bzw. 0,7 %). Trotz der hohen Einnahmen erwartet das Institut für 2018 noch ein leichtes Defizit nach Maastricht von 0,1 % des BIP.

Für das Jahr 2019 erwartet das Institut weiterhin einen leichten Budgetüberschuss nach Maastricht in Höhe von 0,2 % des BIP. Trotz der konjunkturellen Abschwächung sind weiterhin solide staatliche Einnahmen zu erwarten, nicht zuletzt aufgrund der sich akkumulierenden Effekte der kalten Progression. Für das Jahr 2020 senkt das Institut die Budgetprognose auf einen zu erwartenden Maastricht-Überschuss von ebenfalls 0,2 % des BIP. Die Absenkung des Überschusses im Vergleich zum Dezember 2018 ist

im Wesentlichen auf die geplante Senkung der Sozialversicherungsbeträge zurückzuführen. Das Institut erachtet die angekündigte Beitragssenkung der Krankenversicherung mit einem Volumen von 700 Mio. Euro als hinreichend konkret, um dies in die Budgetzahlen einfließen zu lassen. Auch wenn die Politik das konjunkturelle Hoch als ideales Zeitfenster für flankierende Strukturreformen ausgelassen hat, bieten sich auch konjunkturell normale Zeiten dazu an, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandskraft der heimischen Wirtschaft zu kräftigen. Sinnvolle Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus wären hierzu der Schlüssel.

Der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** betrug im vergangenen Jahr 2,2 % und blieb damit weiterhin hinter der Entwicklung der Tariflöhne (2,6 %) zurück. Bei einer Teuerung von 2,0 % (Konsumdeflator) impliziert dies einen Anstieg der Reallöhne um 0,2 % im Jahr 2018. Die Ergebnisse der letzten Lohnrunde (Metaller 3,5 %, Handel 2,7 %, Öffentlicher Dienst 2,8 %) liegen nicht zuletzt wegen der konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2018 mit bis zu ½ Prozentpunkt über jenen des Vorjahres. In weiterer Folge dürften sich die Effektivlöhne im laufenden Jahr mit 2,6 % etwas stärker ausweiten als im vergangenen Jahr, was unter Annahme eines leicht nachlassenden Preisdrucks die Reallöhne um 0,8 % erhöht. Im laufenden Jahr liegt die Reallohnentwicklung somit über der Ausweitung der Arbeitsproduktivität; im nächsten Jahr dürfte diese etwas hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückbleiben.

Die **Inflation** hat zuletzt deutlich nachgelassen. Während sie im 2. Halbjahr 2018 noch über der 2-Prozent-Marke lag, fiel sie im Februar 2019 auf 1,5 %. Dies ist mehrheitlich auf günstigere Rohölpreise zurückzuführen. Darüber hinaus drückten im Februar saisonale Effekte die Teuerung im Bereich Bekleidung nach unten. Nach Einschätzung des Instituts ist dies aber nur ein vorübergehender Effekt. Ab April dürfte sich der Beitrag zur Inflation aus dem Bereich Wohnen etwas erhöhen, da die Richtwertmietzinsen laut dem vereinbarten Zwei-Jahresturnus angehoben werden. Während von den Energiepreisen gemäß unserer Annahmen für Rohölpreis und Wechselkurs keine starken Impulse auf die Preisentwicklung ausgehen dürften, könnten steigende Lohnstückkosten den Preisauftrieb etwas antreiben. Im Jahresdurchschnitt 2019 dürfte die Inflationsrate somit 1,8 % betragen. Für das kommende Jahr wird eine Rate von 1,9 % erwartet.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, *Inflation (VPI) ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Die Hochkonjunktur in den letzten beiden Jahren hat dazu geführt, dass die Beschäftigung äußerst kräftig zugenommen hat und die Arbeitslosenzahlen deutlich gefallen sind. Im Prognosezeitraum sollte die nachlassende Konjunkturdynamik den Beschäftigungsaufbau merklich verlangsamen. Ausgehend von 7,7 % im Vorjahr wird für dieses und nächstes Jahr eine Arbeitslosenquote laut nationaler Definition von 7,5 % erwartet. Damit bleibt die Arbeitslosigkeit auf historisch hohem Niveau, sodass verstärkte arbeitsmarktpolitische Anstrengungen zur Bekämpfung des Mis-Matches (die Qualifikation der Arbeitslosen entspricht nicht dem Bedarf der Betriebe) notwendig sind.

In den letzten Monaten hat sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus etwas verlangsamt. Zwar expandierte im Februar die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahresvergleich noch um 88.000 Personen bzw. 2,5 %, hierbei ist allerdings die äußerst günstige Witterung zu beachten. So stieg insbesondere die Beschäftigung am Bau (21.700) im Jahresabstand doppelt so stark wie in den Vormonaten. Nach Kontrolle um diesen witterungsbedingten Sondereffekt dürfte die Beschäftigungsausweitung wie in den Vormonaten rund 2 % betragen haben. Weiterhin werden rund zwei Drittel der in Nettobetrachtung neu geschaffenen Jobs von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, insbesondere aus den EU-Beitrittsländern der Jahre 2004 bzw. 2007, besetzt. Die Beschäftigung expandierte in sektoraler Betrachtung weiterhin breitflächig. In der Sachgüterproduktion übertraf im Februar die Zahl der Arbeitsplätze

den Vergleichswert des Vorjahres um 14.100 bzw. 2,3 %. Mit einem Zuwachs von 8.600 Personen im Jahresabstand entfielen 60 % der zusätzlichen Arbeitsplätze auf den Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau. Deutlich gewachsen sind die Beschäftigtenstände auch in den Bereichen Metall (2.100), Chemie (1.900) und Nahrungsmittel (1.500); die Bereiche Elektro/Elektronik (–800) und Textil/Bekleidung (–400) bauten im Jahresabstand hingegen Arbeitsplätze ab. Der Sondereffekt der äußerst günstigen Witterung manifestierte sich in einem Anstieg der Baubeschäftigung um 21.700 Personen. Im Dienstleistungssektor legte die Zahl der Arbeitsplätze um 49.900 bzw. 1,9 % zu. Mit 16.500 Personen ergab sich bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen, die wohl auch von der günstigen Witterung profitierten, der stärkste absolute Beschäftigungsanstieg im Jahresabstand. Deutliche Zuwächse verzeichneten auch die Bereiche öffentliche Verwaltung im weiteren Sinne (9.700), Handel (6.000), Beherbergung/Gastronomie, Information/Kommunikation (jeweils 5.400) und Verkehr (5.100).

Das Umfeld für die Beschäftigungsnachfrage dürfte in den kommenden Monaten günstig bleiben, allerdings lassen die konjunkturelle Abkühlung, die Probleme der Unternehmen, Fachkräfte zu rekrutieren und wohl auch die demografische Entwicklung eine zunehmende Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus erwarten. Darauf deutet auch die Entwicklung des Indikators der offenen Stellen hin. Laut Prognose des Instituts sollte somit die Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2019 um 1,3 % zulegen. Im kommenden Jahr dürfte das Beschäftigungswachstum 0,9 % betragen.

Im Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosen deutlich abgenommen. Das Tempo des Abbaus der Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Monaten etwas verlangsamt, wobei allerdings die geringeren Schulungsaktivitäten des AMS zu beachten sind. Im Februar ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Vorjahresvergleich um 21.300 Personen bzw. 5,8 % gefallen. Die Zahl der Personen in Schulung ist um 12.800 zurückgegangen. Bei der Interpretation der Arbeitslosenzahlen im Februar ist wiederum der Witterungseffekt zu berücksichtigen. So entfiel annähernd die Hälfte des gesamten Rückgangs der gemeldeten Arbeitslosigkeit im Jahresabstand auf die Bauwirtschaft. Die im Vergleich mit den Frauen höhere Konjunkturereagibilität der Männer manifestiert sich seit April des Vorjahres in einem überdurchschnittlichen Rückgang bei den männlichen Arbeitslosen. In sektoraler Hinsicht blieb die Arbeitslosigkeit in allen Bereichen rückläufig. Während in den vergangenen Monaten die Unterschiede zwischen den zusammengefassten Wirtschaftsklassen gering ausfielen, verzeichneten im Februar der Bau und die Sachgüterproduktion stärkere Rückgänge als der Dienstleistungssektor. Dies lässt sich aber primär auf den Witterungseffekt zurückführen.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Februar 2019*Veränderungen gegenüber Vorjahr*

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	77.276	2,1 %
Männer	49.372	2,6 %
Frauen	27.904	1,6 %
Aktiv-Beschäftigte*	78.916	2,2 %
Primärer Sektor	1.719	2,9 %
Sachgüterproduktion	14.505	2,4 %
Bau	14.921	6,9 %
Dienstleistungssektor	47.686	1,8 %
Arbeitslose	–16.240	–4,4 %
Männer	–15.188	–6,6 %
Frauen	–1.052	–0,8 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	–12.033	–15,4 %

*ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Das Institut geht davon aus, dass die Arbeitslosenzahlen in den kommenden Monaten noch etwas zurückgehen und ab der Jahresmitte wegen der schwächeren Wirtschaftsdynamik stagnieren sollten. Im Jahresdurchschnitt erwartet das Institut einen Rückgang der Arbeitslosen (inklusive Person in Schulungen) um rund 10.000 Personen. Somit dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 auf 7,5 % fallen. Aufgrund der demografischen Entwicklung sollte im nächsten Jahr das Arbeitskräfteangebot etwas langsamer steigen und die Arbeitslosenquote auf dem Niveau von 2019 verharren. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition dürfte in beiden Jahren 4,8 % betragen.

Die weiterhin beträchtliche Langzeitarbeitslosigkeit sowie der qualifikatorische Mismatch, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen, sind wesentliche Ursachen für das historisch hohe Niveau der Arbeitslosigkeit in Österreich. Daher begrüßt das Institut Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Verstärkte Anstrengungen zur Höherqualifikation von Arbeitslosen wären aber jedenfalls notwendig, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken. Vor diesem Hintergrund sind die Einschränkungen bei den Integrationsmaßnahmen für Asylberechtigte kritisch zu sehen. Verstärkte Anreize zum Spracherwerb werden positiv bewertet, allerdings sind

bei Personen mit geringen Qualifikationen längerdauernde Ausbildungsprogramme für eine langfristig erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt wohl notwendig.

Eine stärkere Rolle in der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollte der Prävention zukommen, also der Arbeitsmarktpolitik, die bereits das Entstehen der Arbeitslosigkeit bekämpft. Hierbei sind unterstützende Reformen im Bildungsbereich unbedingt erforderlich. Ein Ausbau der frühkindlichen Förderung, insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten, wird vorgeschlagen. Stärkere Förderungen im Pflichtschulbereich könnten die Kompetenzen der Jugendlichen erhöhen und damit ebenfalls frühzeitig potenziellen Arbeitsmarktproblemen entgegenwirken. Im Rahmen der geplanten Steuerreform sollte zur Stärkung der Beschäftigungsnachfrage die Belastung des Faktors Arbeit weiter reduziert werden.

5 Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen seit der Zinssenkung im März 2016 unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität liegt bei 0,25 % und jener für die Einlagefazilität bei –0,40 %. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie über die Mindestreserve hinaus Geld bei der EZB anlegen. Auch in den USA, im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und in Japan gab es im laufenden Quartal keine Änderungen der Leitzinsen. Damit liegen die Leitzinsen in der Schweiz und in Japan weiterhin im negativen Bereich. Das Zielband des 3-Monats-Libor in der Schweiz beträgt –1,25 % bis –0,25 %, der japanische Leitzinssatz liegt bei –0,1 %. In den USA beträgt der Zielsatz für Taggeld nach der geldpolitischen Straffung im Dezember 2,25 % bis 2,5 %, der Leitzins im Vereinigten Königreich liegt bei 0,75 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist in den vergangenen Monaten etwas zurückgegangen und liegt damit wieder deutlich unter der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber knapp bei 2 %. Im Dezember, Jänner und Februar betrug die Inflation im Euroraum 1,5 %, 1,4 % bzw. 1,5 %. Für den Jahresdurchschnitt 2019 wird mit einem Wert von 1,5 % gerechnet. Die Leitzinsen im Euroraum werden weiterhin auf ihren niedrigen Niveaus verharren und dürften frühestens im Jahr 2020 wieder angehoben werden. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich nach wie vor deutlich expansiv ausgerichtet.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2016	0	0,5 – 0,75	0,25	–1,25 – –0,25	–0,1
Ende 2017	0	1,25 – 1,5	0,5	–1,25 – –0,25	–0,1
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–1,25 – –0,25	–0,1
25.3.2019	0	2,25 – 2,5	0,75	–1,25 – –0,25	–0,1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

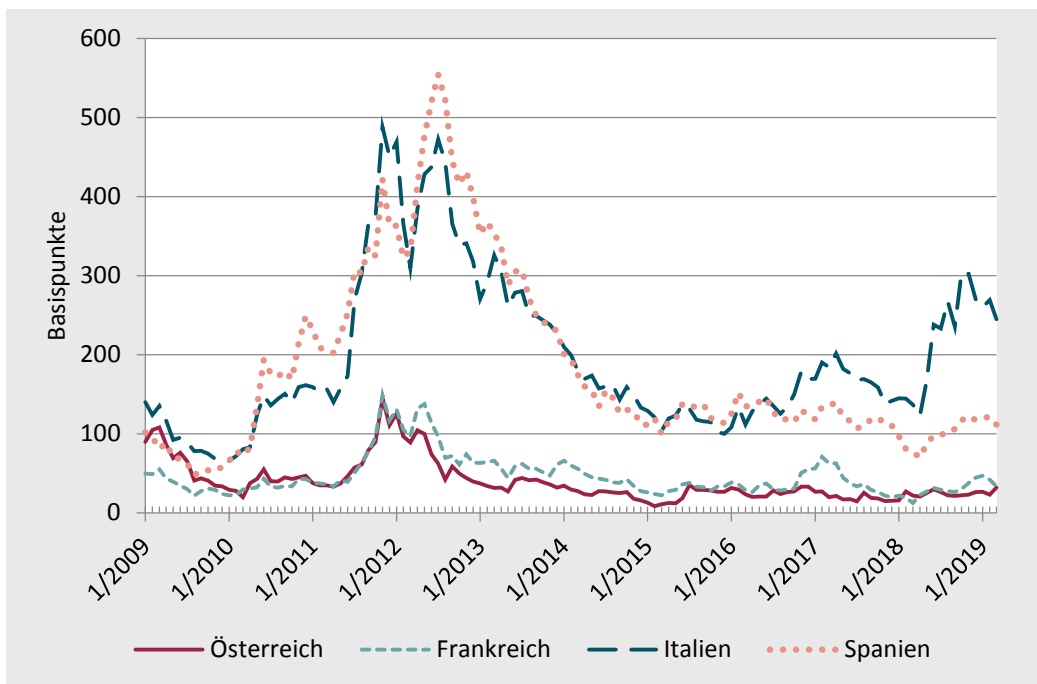
In seiner März-Sitzung hat der EZB-Rat eine neue Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III) beschlossen, welche die Kreditvergabe von Banken stimulieren sollen. Diese Geschäfte mit einer Laufzeit von jeweils zwei Jahren können im Zeitraum September 2019 bis März 2021 in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wurde die Forward Guidance bezüglich der Leitzinsen im Euroraum geändert. Diese sollen nun zumindest über das Ende 2019 hinaus auf ihren gegenwärtig niedrigen Niveaus bleiben. Es wurde bestätigt, dass die Tilgungsbeträge

der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit weiterhin wieder veranlagt werden. Die Reinvestitionen sollen für einen längeren Zeitraum nach dem Zeitpunkt andauern, zu dem die EZB mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt. Insgesamt hat die EZB seit Beginn des Ankaufprogramms Wertpapiere im Wert von rund 2,6 Billionen Euro erworben.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum notieren weiterhin im negativen Bereich und haben sich in den vergangenen Monaten nicht verändert. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im ersten Quartal des laufenden Jahres $-0,3\%$, was gegenüber dem Vorquartal nahezu konstante Zinsen bedeutet. Auch gegenüber dem Vorjahresquartal hat sich der 3-Monats-Euribor kaum verändert. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut zunächst weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Erst im Laufe des kommenden Jahres könnten die Geldmarktzinsen leicht zu steigen beginnen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2019 und 2020 beträgt $-0,3\%$ bzw. $-0,1\%$.

Die Renditen von Staatsanleihen haben sich im abgelaufenen Quartal nur geringfügig verändert. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im ersten Quartal 2019 zu durchschnittlich $0,4\%$ bzw. $0,1\%$. Dies bedeutet einen Rückgang um jeweils rund 20 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal. Auch gegenüber dem Vorjahresquartal haben sich die Renditen der Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit in Österreich und Deutschland verringert, und zwar um jeweils etwa 40 Basispunkte.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Insbesondere die Spreads (Renditeabstände) von Italien im Vergleich zu Deutschland haben sich in Folge der angekündigten expansiven Fiskalpolitik deutlich ausgeweitet.

Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland

Quelle: Thomson Reuters Datastream

Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für die Jahre 2019 und 2020 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0,6 % bzw. 0,9 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2019 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,14 USD/EUR und ist damit gegenüber dem Vorquartal praktisch konstant geblieben. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat der Euro an Wert verloren, und zwar um etwa 8 %. Für die Jahre 2019 und 2020 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1,14 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2019 und 2020 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 4,1 % bzw. 3,2 % steigen. Die Spareinlagen hingegen dürften weiter zurückgehen und im Prognosezeitraum um 1,0 % bzw. 1,5 % schrumpfen. Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 2,4 % bzw. 1,0 %.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	306,696 0,0%	308,724 0,7%	312,252 1,1%	318,621 2,0%	326,749 2,6%	335,666 2,7%	340,645 1,5%	346,015 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	323,910 1,6%	333,146 2,9%	344,259 3,3%	356,238 3,5%	369,899 3,8%	386,094 4,4%	399,850 3,6%	413,678 3,5%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	105,613 1,6%	107,911 2,2%	110,250 2,2%	111,806 1,4%	113,206 1,3%	115,023 1,6%	117,380 2,0%	119,555 1,9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	97,471 2,0%	99,097 1,7%	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,992 1,8%	109,025 1,9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	45,555 2,1%	46,490 2,1%	47,455 2,1%	48,544 2,3%	49,196 1,3%	50,282 2,2%	51,589 2,6%	52,776 2,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3391,705 0,6%	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3706,892 1,3%	3740,254 0,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,618 0,623	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,690 -0,819	7,535 -0,156	7,525 -0,010

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PRIVATER KONSUM	161,150 -0,1%	161,639 0,3%	162,311 0,4%	164,565 1,4%	166,934 1,4%	169,683 1,6%	172,374 1,6%	174,794 1,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61,171 0,8%	61,684 0,8%	62,181 0,8%	63,296 1,8%	64,225 1,5%	64,327 0,2%	64,810 0,8%	65,296 0,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	69,847 1,6%	69,565 -0,4%	71,150 2,3%	74,232 4,3%	77,138 3,9%	79,667 3,3%	81,151 1,9%	82,462 1,6%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2,445 0,8	2,892 0,9	3,424 1,1	3,516 1,1	4,959 1,5	4,941 1,5	4,941 1,5	5,241 1,5
INLANDSNACHFRAGE	294,832 0,0%	296,697 0,6%	299,961 1,1%	307,073 2,4%	315,367 2,7%	321,229 1,9%	325,883 1,4%	330,397 1,4%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11,881 3,9	12,119 3,9	12,434 4,0	11,638 3,7	11,414 3,5	14,675 4,4	15,002 4,4	15,858 4,6
BIP ZU MARKTPREISEN	306,696 0,0%	308,724 0,7%	312,252 1,1%	318,621 2,0%	326,749 2,6%	335,666 2,7%	340,645 1,5%	346,015 1,6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PRIVATER KONSUM	-0,042	0,160	0,218	0,722	0,744	0,841	0,802	0,710
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,150	0,168	0,161	0,357	0,291	0,031	0,144	0,143
BRUTTOINVESTITIONEN	-0,173	0,165	0,750	1,003	1,365	0,764	0,441	0,472
ANLAGEINVESTITIONEN	0,351	-0,092	0,513	0,987	0,912	0,774	0,442	0,385
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0,489	0,146	0,172	0,029	0,453	-0,005	0,000	0,088
EXPORTE I.W.S.	0,341	1,544	1,939	1,515	2,624	2,523	1,401	1,878
WAREN	-0,315	1,120	1,377	0,871	1,972	2,120	1,063	1,503
Dienstleistungen	0,641	0,424	0,559	0,625	0,661	0,433	0,344	0,395
IMPORTE I.W.S.	-0,342	-1,467	-1,837	-1,770	-2,695	-1,525	-1,303	-1,627
WAREN	0,757	-0,815	-1,563	-1,268	-1,697	-1,086	-0,977	-1,274
Dienstleistungen	-1,110	-0,647	-0,284	-0,497	-0,963	-0,432	-0,326	-0,358
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0,026	0,661	1,143	2,040	2,551	2,729	1,483	1,577

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,1	7,3	6,8	7,8	6,8	7,2	7,2	7,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,7	0,2	-0,5	1,0	-1,0	0,4	0,0	0,1
INVESTITIONSQUOTE	23,0	22,7	22,7	23,2	23,6	23,9	23,9	23,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,4	-0,4	0,0	0,5	0,4	0,3	0,0	0,0
REALZINSSATZ	0,37	-0,70	-1,42	-1,04	-0,69	-0,92	-1,43	-0,92
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,13	-1,06	-0,73	0,38	0,35	-0,22	-0,51	0,51
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	97,77 2,1%	99,20 1,5%	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	107,31 1,8%	109,35 1,9%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42,203 0,0%	42,224 0,1%	42,458 0,6%	42,862 1,0%	42,692 -0,4%	42,777 0,2%	43,113 0,8%	43,282 0,4%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,043 -0,6%	9,039 0,0%	9,054 0,2%	9,097 0,5%	9,145 0,5%	9,168 0,3%	9,190 0,2%	9,251 0,7%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	120,028 2,8%	122,542 2,1%	124,874 1,9%	127,136 1,8%	128,173 0,8%	130,663 1,9%	133,752 2,4%	135,917 1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5,4 0,5	5,6 0,2	5,7 0,1	6,0 0,3	5,5 -0,5	4,9 -0,6	4,8 -0,1	4,8 0,0
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,9 0,2	-2,7 -0,8	-1,0 1,7	-1,6 -0,5	-0,8 0,8	-0,1 0,7	0,2 0,3	0,2 0,1

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,274 1,9%	170,935 2,2%	173,918 1,7%	178,675 2,7%	184,524 3,3%	191,309 3,7%	197,869 3,4%	204,451 3,3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,545 4,7%	6,953 6,2%	7,450 7,1%	7,694 3,3%	7,792 1,3%	8,157 4,7%	8,403 3,0%	8,679 3,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	64,510 1,9%	65,972 2,3%	68,033 3,1%	70,266 3,3%	72,341 3,0%	74,087 2,4%	76,434 3,2%	78,471 2,7%
BRUTTOINVESTITIONEN	76,842 0,6%	78,394 2,0%	81,952 4,5%	86,658 5,7%	92,986 7,3%	97,812 5,2%	101,325 3,6%	104,969 3,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	39,680 5,7%	39,712 0,1%	41,716 5,0%	45,560 9,2%	47,970 5,3%	50,352 5,0%	51,848 3,0%	53,258 2,7%
BAUINVESTITIONEN	34,950 0,9%	35,781 2,4%	36,417 1,8%	37,166 2,1%	39,388 6,0%	41,896 6,4%	43,802 4,5%	45,571 4,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,383 -0,088	-0,002 0,382	-0,006 -0,004	-0,177 -0,172	0,825 1,003	0,843 0,018	0,860 0,017	0,877 0,017
INLANDSNACHFRAGE	314,788 1,6%	322,253 2,4%	331,347 2,8%	343,117 3,6%	358,468 4,5%	372,208 3,8%	384,892 3,4%	397,446 3,3%
EXPORTE I.W.S.	173,102 0,6%	177,855 2,7%	182,768 2,8%	186,464 2,0%	198,758 6,6%	210,608 6,0%	217,696 3,4%	227,109 4,3%
IMPORTE I.W.S.	163,980 0,6%	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,343 2,1%	187,327 8,1%	196,722 5,0%	202,738 3,1%	210,878 4,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	323,910 1,6%	333,146 2,9%	344,259 3,3%	356,238 3,5%	369,899 3,8%	386,094 4,4%	399,850 3,6%	413,678 3,5%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	154,965 -0,2%	155,249 0,2%	155,603 0,2%	157,761 1,4%	160,130 1,5%	162,754 1,6%	165,358 1,6%	167,673 1,4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,187 3,9%	6,396 3,4%	6,717 5,0%	6,813 1,4%	6,813 0,0%	6,938 1,8%	7,025 1,3%	7,130 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61,171 0,8%	61,684 0,8%	62,181 0,8%	63,296 1,8%	64,225 1,5%	64,327 0,2%	64,810 0,8%	65,296 0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	71,744 -0,7%	72,249 0,7%	74,565 3,2%	77,698 4,2%	82,047 5,6%	84,543 3,0%	86,023 1,8%	87,630 1,9%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	37,954 4,5%	37,574 -1,0%	39,181 4,3%	42,237 7,8%	44,025 4,2%	45,656 3,7%	46,455 1,8%	47,151 1,5%
BAUINVESTITIONEN	31,920 -1,6%	32,008 0,3%	32,028 0,1%	32,143 0,4%	33,275 3,5%	34,193 2,8%	34,877 2,0%	35,488 1,8%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,748 0,280	1,026 0,278	0,753 -0,274	1,414 0,662	2,120 0,705	2,427 0,308	2,427 0,000	2,427 0,000
INLANDSNACHFRAGE	294,832 0,0%	296,697 0,6%	299,961 1,1%	307,073 2,4%	315,367 2,7%	321,229 1,9%	325,883 1,4%	330,397 1,4%
EXPORTE I.W.S.	164,040 0,6%	168,777 2,9%	174,764 3,5%	179,494 2,7%	187,856 4,7%	196,101 4,4%	200,803 2,4%	207,201 3,2%
IMPORTE I.W.S.	152,159 0,7%	156,658 3,0%	162,330 3,6%	167,856 3,4%	176,442 5,1%	181,426 2,8%	185,801 2,4%	191,343 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	306,696 0,0%	308,724 0,7%	312,252 1,1%	318,621 2,0%	326,749 2,6%	335,666 2,7%	340,645 1,5%	346,015 1,6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107,943 2,2%	110,104 2,0%	111,770 1,5%	113,257 1,3%	115,234 1,7%	117,545 2,0%	119,661 1,8%	121,934 1,9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	105,459 1,2%	106,951 1,4%	109,412 2,3%	111,012 1,5%	112,637 1,5%	115,172 2,3%	117,936 2,4%	120,177 1,9%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106,848 1,8%	108,521 1,6%	109,815 1,2%	111,442 1,5%	113,248 1,6%	115,793 2,2%	117,867 1,8%	119,849 1,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	104,547 1,1%	105,691 1,1%	106,471 0,7%	107,866 1,3%	108,961 1,0%	110,288 1,2%	111,611 1,2%	112,950 1,2%
BAUINVESTITIONEN	109,493 2,6%	111,786 2,1%	113,706 1,7%	115,629 1,7%	118,369 2,4%	122,526 3,5%	125,589 2,5%	128,415 2,3%
INLANDSNACHFRAGE	106,769 1,6%	108,613 1,7%	110,463 1,7%	111,738 1,2%	113,667 1,7%	115,870 1,9%	118,107 1,9%	120,294 1,9%
EXPORTE I.W.S.	105,524 0,0%	105,379 -0,1%	104,580 -0,8%	103,883 -0,7%	105,804 1,8%	107,398 1,5%	108,413 0,9%	109,608 1,1%
IMPORTE I.W.S.	107,769 -0,1%	106,578 -1,1%	104,636 -1,8%	103,269 -1,3%	106,169 2,8%	108,431 2,1%	109,116 0,6%	110,209 1,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	105,613 1,6%	107,911 2,2%	110,250 2,2%	111,806 1,4%	113,206 1,3%	115,023 1,6%	117,380 2,0%	119,555 1,9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	123,657 -1,7%	126,109 2,0%	129,182 2,4%	130,510 1,0%	139,261 6,7%	147,956 6,2%	152,414 3,0%	158,931 4,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35,605 8,7%	37,537 5,4%	38,630 2,9%	40,411 4,6%	43,175 6,8%	45,419 5,2%	47,485 4,5%	49,888 5,1%
REISEVERKEHR	13,839 2,9%	14,209 2,7%	14,956 5,3%	15,543 3,9%	16,322 5,0%	17,233 5,6%	17,797 3,3%	18,290 2,8%
EXPORTE I.W.S.	173,102 0,6%	177,855 2,7%	182,768 2,8%	186,464 2,0%	198,758 6,6%	210,608 6,0%	217,696 3,4%	227,109 4,3%
WARENIMPORTE	124,937 -2,7%	125,196 0,2%	126,855 1,3%	128,574 1,4%	138,329 7,6%	145,272 5,0%	149,130 2,7%	154,906 3,9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32,170 16,2%	34,422 7,0%	35,523 3,2%	36,963 4,1%	40,496 9,6%	42,456 4,8%	44,387 4,5%	46,519 4,8%
REISEVERKEHR	6,872 -1,2%	7,345 6,9%	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,501 8,9%	8,995 5,8%	9,221 2,5%	9,453 2,5%
IMPORTE I.W.S.	163,980 0,6%	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,343 2,1%	187,327 8,1%	196,722 5,0%	202,738 3,1%	210,878 4,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	119,127 -0,8%	122,561 2,9%	126,813 3,5%	129,532 2,1%	135,814 4,9%	142,741 5,1%	146,309 2,5%	151,430 3,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32,303 6,0%	33,510 3,7%	34,720 3,6%	36,371 4,8%	38,081 4,7%	39,093 2,7%	40,070 2,5%	41,272 3,0%
REISEVERKEHR	12,556 1,0%	12,650 0,7%	13,164 4,1%	13,465 2,3%	13,860 2,9%	14,262 2,9%	14,441 1,3%	14,585 1,0%
EXPORTE I.W.S.	164,040 0,6%	168,777 2,9%	174,764 3,5%	179,494 2,7%	187,856 4,7%	196,101 4,4%	200,803 2,4%	207,201 3,2%
WARENIMPORTE	116,448 -2,0%	118,949 2,1%	123,775 4,1%	127,736 3,2%	133,143 4,2%	136,690 2,7%	139,970 2,4%	144,309 3,1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	29,533 14,1%	31,270 5,9%	32,107 2,7%	33,483 4,3%	35,979 7,5%	37,024 2,9%	38,042 2,8%	39,183 3,0%
REISEVERKEHR	6,238 -3,7%	6,487 4,0%	6,526 0,6%	6,700 2,7%	7,274 8,6%	7,642 5,1%	7,719 1,0%	7,796 1,0%
IMPORTE I.W.S.	152,159 0,7%	156,658 3,0%	162,330 3,6%	167,856 3,4%	176,442 5,1%	181,426 2,8%	185,801 2,4%	191,343 3,0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	103,803 -0,9%	102,895 -0,9%	101,868 -1,0%	100,755 -1,1%	102,538 1,8%	103,654 1,1%	104,172 0,5%	104,953 0,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	110,222 2,5%	112,018 1,6%	111,262 -0,7%	111,107 -0,1%	113,375 2,0%	116,183 2,5%	118,507 2,0%	120,877 2,0%
REISEVERKEHR	110,224 1,9%	112,323 1,9%	113,609 1,1%	115,439 1,6%	117,768 2,0%	120,827 2,6%	123,244 2,0%	125,401 1,8%
EXPORTE I.W.S.	105,524 0,0%	105,379 -0,1%	104,580 -0,8%	103,883 -0,7%	105,804 1,8%	107,398 1,5%	108,413 0,9%	109,608 1,1%
WARENIMPORTE	107,290 -0,8%	105,252 -1,9%	102,488 -2,6%	100,656 -1,8%	103,895 3,2%	106,278 2,3%	106,544 0,3%	107,343 0,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	108,928 1,8%	110,083 1,1%	110,640 0,5%	110,391 -0,2%	112,556 2,0%	114,672 1,9%	116,679 1,8%	118,721 1,8%
REISEVERKEHR	110,170 2,6%	113,223 2,8%	114,598 1,2%	116,506 1,7%	116,865 0,3%	117,698 0,7%	119,463 1,5%	121,255 1,5%
IMPORTE I.W.S.	107,769 -0,1%	106,578 -1,1%	104,636 -1,8%	103,269 -1,3%	106,169 2,8%	108,431 2,1%	109,116 0,6%	110,209 1,0%
TERMS OF TRADE, GESAMT	97,917 0,1%	98,875 1,0%	99,946 1,1%	100,595 0,6%	99,656 -0,9%	99,047 -0,6%	99,356 0,3%	99,454 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	96,750 -0,1%	97,761 1,0%	99,395 1,7%	100,098 0,7%	98,694 -1,4%	97,531 -1,2%	97,774 0,2%	97,774 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,625	50,117	49,340	48,659	50,643	50,952	50,704	50,976
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,553	-0,508	-0,777	-0,680	1,983	0,309	-0,248	0,273
IMPORTQUOTE, GÜTER	38,572	37,580	36,849	36,092	37,397	37,626	37,297	37,446
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,732	-0,992	-0,731	-0,757	1,304	0,229	-0,329	0,150
EXPORTQUOTE, GESAMT	53,441	53,387	53,090	52,343	53,733	54,548	54,444	54,900
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,532	-0,055	-0,296	-0,748	1,391	0,815	-0,104	0,456
EXPORTQUOTE, GÜTER	38,176	37,854	37,525	36,636	37,648	38,321	38,118	38,419
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,303	-0,322	-0,329	-0,889	1,013	0,673	-0,204	0,301

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5472,657 0,5%	5506,268 0,6%	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5632,878 0,1%	5632,802 0,0%	5628,911 -0,1%
ERWERBSQUOTE	77,350 0,8%	77,978 0,8%	78,662 0,9%	78,988 0,4%	79,815 1,0%	80,806 1,2%	81,582 1,0%	82,316 0,9%
ERWERBSPERSONEN	4233,103 1,2%	4293,657 1,4%	4369,385 1,8%	4432,984 1,5%	4490,172 1,3%	4551,691 1,4%	4595,325 1,0%	4633,480 0,8%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3609,608 0,3%	3624,041 0,4%	3657,227 0,9%	3679,503 0,6%	3692,309 0,3%	3702,939 0,3%	3706,258 0,1%	3713,296 0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	623,495 6,8%	669,616 7,4%	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	889,067 4,8%	920,184 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	462,900 1,8%	470,900 1,7%	480,200 2,0%	488,800 1,8%	494,900 1,2%	498,500 0,7%	500,993 0,5%	503,497 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3770,203 1,2%	3822,757 1,4%	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,191 1,4%	4094,332 1,0%	4129,982 0,9%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3391,705 0,6%	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3706,892 1,3%	3740,254 0,9%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	91,290 -3,9%	87,871 -3,7%	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,7%	80,357 -2,7%	78,951 -1,8%	78,951 0,0%
ARBEITSLOSE	287,207 10,2%	319,357 11,2%	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	311,706 -8,3%	308,490 -1,0%	310,778 0,7%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7,618 0,623	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,690 -0,819	7,535 -0,156	7,525 -0,010

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	154,509 2,8%	158,789 2,8%	163,661 3,1%	170,023 3,9%	175,782 3,4%	184,088 4,7%	191,236 3,9%	197,395 3,2%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	127,755 0,2%	131,921 3,3%	135,945 3,0%	140,890 3,6%	147,760 4,9%	154,447 4,5%	159,986 3,6%	166,560 4,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	41,646 2,0%	42,436 1,9%	44,653 5,2%	45,325 1,5%	46,356 2,3%	47,558 2,6%	48,628 2,3%	49,722 2,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	323,910 1,6%	333,146 2,9%	344,259 3,3%	356,238 3,5%	369,899 3,8%	386,094 4,4%	399,850 3,6%	413,678 3,5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0,874 170,8%	0,439 -49,8%	-3,389 -872,2%	-0,406 -88,0%	-0,982 141,8%	-0,810 -17,5%	-0,826 2,0%	-0,843 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	58,089 3,5%	59,947 3,2%	61,623 2,8%	63,819 3,6%	66,425 4,1%	69,080 4,0%	71,671 3,8%	74,358 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	266,695 1,5%	273,638 2,6%	279,246 2,0%	292,012 4,6%	302,492 3,6%	316,204 4,5%	327,353 3,5%	338,477 3,4%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,909 24,7%	-3,113 -20,4%	-3,147 1,1%	-3,420 8,7%	-2,823 -17,5%	-3,480 23,3%	-3,550 2,0%	-3,621 2,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	262,786 1,2%	270,525 2,9%	276,099 2,1%	288,592 4,5%	299,669 3,8%	312,724 4,4%	323,803 3,5%	334,856 3,4%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	300,314 1,2%	305,161 1,6%	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,839 4,2%	362,427 4,5%	377,286 4,1%	389,359 3,2%
DAVON SPAREINLAGEN	153,351 -2,6%	149,971 -2,2%	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	144,213 -1,0%	142,646 -1,1%	141,220 -1,0%	139,101 -1,5%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	320,086 -1,0%	319,730 -0,1%	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,751 1,0%	342,953 3,4%	351,184 2,4%	354,696 1,0%
EURIBOR 3M	0,22	0,21	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32	-0,31	-0,06
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,35	-0,01	-0,23	-0,24	-0,07	0,01	0,01	0,25
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	1,99	1,48	0,75	0,37	0,56	0,69	0,62	0,93
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,30	-0,51	-0,73	-0,38	0,19	0,13	-0,07	0,31

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
USD/EUR	1,328 3,3%	1,329 0,0%	1,110 -16,5%	1,106 -0,4%	1,130 2,2%	1,181 4,5%	1,141 -3,4%	1,141 0,0%
GBP/EUR	0,849 4,7%	0,806 -5,0%	0,726 -9,9%	0,819 12,7%	0,876 7,0%	0,885 1,0%	0,864 -2,4%	0,865 0,1%
YEN/EUR	129,539 26,2%	140,413 8,4%	134,348 -4,3%	120,332 -10,4%	126,657 5,3%	130,369 2,9%	125,366 -3,8%	123,732 -1,3%
CHF/EUR	1,231 2,1%	1,215 -1,3%	1,068 -12,0%	1,090 2,0%	1,112 2,0%	1,155 3,9%	1,128 -2,3%	1,128 0,0%